

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Ersatzlieferung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14 Inselstr. 8a Fernruf: P 7 Jannowitz 4909. Postcheckkonto Berlin Nr. 4446 Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H. G.

NUMMER 278 B

BERLIN • Freitag den 23. Dezember 1932

I JAHRGANG

1/4 Million neuer Arbeitsloser!

AUS DEM INHALT:

Der Schleichweg der Kirche.
Selig sind die Armen.
Unerhörte Klassenjustiz in England.
Die Ausbeutung der weiblichen Arbeitskraft.
Wirtschaft unter freier Konkurrenz.

Der Kampf der belgischen Militärdienstverweigerer.

Nach Berichten der Internationalen Antimilitaristischen Kommission hat seit dem Herbst dieses Jahres die Bewegung der Militärdienstverweigerer, die in Belgien bisher kaum bekannt war, dort immer größeren Umfang angenommen. Der Hungerstreik Rutger Simoens hat im ganzen Land große Protestaktionen hervorgerufen. Die Straßenarbeiter in Brüssel waren bereit, für Simoens in den Sympathiestreik zu treten. Die sozialistische Partei, die sonst die Militärdienstverweigerung bekämpft hatte, sah sich schließlich genötigt, für die Befreiung von Simoens einzutreten. Am 1. Oktober ist Simoens vorzeitig und bedingungslos freigelassen worden.

Aber seitdem sind weitere Fälle von Militärdienstverweigerung abgeurteilt worden:

Josef Geerts hat 1920 seinen Militärdienst geleistet. Im vorigen Jahr weigerte er sich, zu einer vorschriftsmäßigen Musterung zu erscheinen und wurde dafür zu 7 Monaten Gefängnis verurteilt. Man forderte ihn daraufhin erneut auf, sich zur Musterung zu stellen. Er weigerte sich wieder und wurde nun zu 12 Monaten Gefängnis verurteilt!

H. von Volsen wurde Anfang November zu 3 Monaten Gefängnis wegen Dienstverweigerung verurteilt.

Wegen beharrlicher Militärdienstverweigerung wurde Lode van Dyck Anfang November zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt, nachdem er bereits zweimal, insgesamt zu 27 Monaten Gefängnis verurteilt worden war!

Maurits von den Broeck wurde am 22. November dem Kriegsrat zu Antwerpen gefesselt vorgeführt unter der Anklage der Fahnenflucht und der Kriegsdienstverweigerung. Aus seiner Protestrede vor Gericht:

„Sie können mich so schwer bestrafen, wie Sie wollen, ein Jahr, zwei Jahre, drei Jahre oder zehn Jahre; das läßt mich alles eiskalt. Meine Überzeugung steht stärker da als alle Ihre Kerkermauern.“

Er wurde zu 1 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt. Der belgische Sergeant Pierre van den Eeden hatte während des belgischen Bergarbeiterstreiks bei einem Einsatz der Truppen sein Gewehr fortgeworfen, sich die Tressen abgerissen und ausgerufen: „Ich weigere mich, meine Brüder zu töten!“

Er wurde zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Es sind nicht nur antimilitaristische Gesichtspunkte, wodurch die belgischen Militärdienstverweigerer zu ihrer Haltung bestimmt werden. Eine Reihe von ihnen verweigert den Militärdienst aus flämisch nationalen Gründen. Auf alle Fälle aber ist die Bewegung jetzt zu solcher Stärke angeschwollen, daß die Regierung sich gezwungen sieht, sie zu beachten. Man rechnet damit, daß die Regierung früher oder später diesem Druck gegenüber ihre Zuflucht zu einem Gesetz nimmt, das eine sogenannte alternative Dienstpflicht vorsieht. Nach diesem Gesetz kann ein zum Militärdienst Eingezogener beantragen, seine Gründe für die Verweigerung des Militärdienstes einer Kommission vorzutragen, die ihn — nach Untersuchung seiner Gründe — einem nicht-militärischen Staatsdienst zuweisen kann. In diesem Staatsdienst hat er eine doppelt so lange Zeit zu arbeiten, wie er als Soldat zu dienen gehabt hätte.

Einige Verteidiger der flämischen Dienstverweigerer drängen auf die Einführung eines solchen Gesetzes. Auch von pazifistischer und sozialdemokratischer Seite ist es befürwortet worden. Die meisten Militärdienstverweigerer in Holland und Belgien weigern sich jedoch, sich auf einem solchen Abweg einzulassen. Ihr Protest richtet sich vor allem gegen die folgenden Punkte:

Die Anerkennung dieses Gesetzes würde dem kapitalistischen Staat grundsätzlich das Recht zubilligen, seinen Bürgern die Militärdienstpflicht aufzuerlegen.

Es setzt, selbst im Fall der Befreiung von der Militärdienstpflicht, eine Zwangsarbeit an: Fortlaufen von der durch die Ersatz-Dienstpflicht auferlegten Arbeit wird mit

t. Bei den Arbeitsämtern waren am 15. Dezember 5 604 000 Arbeitslose gemeldet, 249 000 mehr als Ende November. Die Zunahme ist etwas geringer als in der ersten Dezember-Hälfte des vorigen Jahres, wo sie rund 290 000 betragen hatte.

Ueber die Gliederung der 249 000 neu hinzugekommenen Erwerbslosen besagt die Veröffentlichung der Reichsanstalt folgendes: Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung ist um rund 60 000 gestiegen, in der Krisenfürsorge um rund 57 000. Das sind zusammen 117 000. Bekanntlich dürfen zur Zeit aus der Krisenfürsorge keine Arbeitslosen ausgesteuert und auf die Wohlfahrt abgeschoben

werden. Im Bericht der Reichsanstalt heißt es auch dementsprechend, es sei „kaum anzunehmen, daß die Zahl der von den Arbeitsämtern anerkannten Wohlfahrts-erwerbslosen noch nennenswert gestiegen ist“. — Im Bericht steht kein Wort über das Schicksal der übrigen statistisch erfaßten 132 000 Erwerbslosen. Davon, daß sie von den Arbeitsämtern als Wohlfahrts-erwerbslose nicht anerkannt werden, werden sie natürlich nicht satt!

Das amtliche Zahlenspiel mit der Erwerbslosigkeit wird immer mehr zu einem offenen Hohn auf die Erwerbslosen.

Das Winterhilfe-Almosen.

Der neue Plan für die Winterhilfe-Maßnahmen, den der Reichsarbeitsminister Dr. Syrup entworfen und die Reichsregierung beschlossen hat, sieht so aus:

Vom 2. Januar 1933 ab sollen Reichsverbilligungsscheine ausgegeben werden, die zum Bezug der folgenden Waren berechtigen:

1. Vier Mal im Monat je ein Pfund Frischfleisch, verbilligt je Pfund um 0,30 Mark; an Stelle von Frischfleisch kann frische, nicht geräucherter Wurst treten.

2. Zwei Mal im Monat je ein Zentner Hausbrandkohle, verbilligt um 0,30 Mark je Zentner.

3. Einmal im Monat kann an Stelle von einem Pfund Frischfleisch oder Wurst treten ein Pfund Schmalz, ein Bröt oder zwei Pfund Seefische.

Bezugsberechtigt sind alle Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenunterstützung und Krisenfürsorge, ferner alle diejenigen, die aus der öffentlichen Fürsorge unterstützt

werden. Die in Heimen untergebrachten Personen kommen nicht in Frage. Weiter sind bezugsberechtigt die Empfänger von Zusatzrenten in der Kriegshochschädigtenfürsorge. Aus diesem Grunde erklärt sich die verhältnismäßig hohe Zahl der Bezugsberechtigten in Höhe von 6,9 Millionen. Die Kosten für die oben bezeichneten Verbilligungen belaufen sich auf rund 35 Millionen Mark, die aus Mitteln des Reichshaushalts bestritten werden. Hinzu kommt voraussichtlich noch ein Betrag von 9 Millionen Mark für das sogenannte Notwerk der deutschen Jugend (hauptsächlich Kinderspeisungen u. s. w.).

Das deutsche Arbeitseinkommen ist seit 1928 dank kapitalistischer Krise und kapitalistischer Krisenpolitik um 17 Milliarden Mark gesunken. Das Almosen macht rund 0,2 Prozent dieser Senkung aus. Die Beruhigungsspielle, die Herr von Scheidecker jetzt überreicht, ist also sehr klein geraten. Ein Zeichen dafür, wie sicher er auf andere Beruhigungsmaßnahmen vertraut!

Kriegspsychose in Italien und Jugoslawien.

Der durch die Beschädigung der italienischen Markslöwen in Trau entfesselte Kampf zwischen Italien und Jugoslawien wird immer noch von beiden Seiten mit aller Kraft fortgesetzt. Im jugoslawischen Parlament hielt Außenminister Jelfitsch eine geharnischte Rede gegen Italien. Auf die Beschwerde Mussolinis erwiderte er, daß der angeblich ermordete italienische Staatsbürger eines natürlichen Todes gestorben sei und daß Italien durch die Vorfälle in Trau weder einen nationalen noch materiellen Schaden erlitten habe. Jugoslawien verstehe nicht, wie der italienische Ministerpräsident wegen derartiger Kleinigkeiten eine so scharfe Rede halten könne. „Die Würde Jugoslawiens gestatte nicht, sich an dieser Stelle in eine Auseinandersetzung einzulassen, Jugoslawien halte an seiner Friedenspolitik fest; jedoch müsse betont werden, daß dies nicht eine Politik des herunterhängenden Kopfes und der gefalteten Hände sei.“

Agitation der Italienischen Presse.

In der italienischen Presse wird jeder Schritt der jugoslawischen Regierung, der kleinen Entente und Frankreichs als Verschwörung gegen Italien gewertet. Der ganze

italienisch-jugoslawische Zwischenfall, so schreibt das „Giornale d'Italia“, sei von jugoslawischer Seite nur provoziert worden, damit die Kleine Entente gegen Italien organisiert werden könne. Die Kleine Entente wolle — natürlich im Auftrag Frankreichs — der Revision der Friedensverträge allen ordentlichen Widerstand entgegensetzen und die Genfer Gleichberechtigungsformel zur Verhinderung der Abrüstung benutzen. Das Blatt versucht, Rumänien von der Kleinen Entente loszuziehen und zu Italien herüberzuziehen und schließt den Aufsatz mit einem Hinweis darauf, daß Italien keinen Krieg, sondern in Ruhe und ohne Provokationen seine innere Arbeit fortsetzen wolle.

Auch die französische chauvinistische Presse bemüht sich, das Feuer zu schüren. Das „Echo de Paris“ fordert die Kleine Entente zu einer „militärischen Reaktion“ gegen Italien auf und spricht von einem italienisch-deutschen Geheimabkommen, das durch ungarische Vermittlung geschaffen worden sei.

Die Rüstungsindustrie arbeitet, so wird berichtet, in England und in anderen Ländern mit Hochdruck.

Freiheitsberaubung bestraft. Das bedeutet also Arbeitsklaverei an Stelle von militärischer Sklaverei!

Eine besondere Gemeinheit liegt in der Einsetzung der Kommission, in der Militaristen über die rechtlichen Erwägungen von Kriegsgegnern zu Gericht sitzen sollen.

Aber all diese Schikane, die das Gesetz zur Behandlung von Militärdienstverweigerern vorsieht, enthalten nicht den entscheidenden Grund dafür, daß der hier von der Regierung geplante Ausweg aus dem Konflikt für jeden Gegner des imperialistischen Krieges unannehmbar ist. Selbst angenommen nämlich, eine imperialistische Regierung entschliesse sich, die Militärdienstverweigerer ihres Landes kaum noch, oder vielleicht überhaupt nicht mehr unter Druck zu setzen, so braucht damit für den Kampf gegen den imperialistischen Krieg noch gar nichts gewonnen zu sein. Bei den unheimlichen Fortschritten, die die Rationalisierung der Kriegstechnik gemacht hat und weiter macht, kommt es

mehr und mehr dahin, daß die Vernichtungsmaschine des Krieges von wenigen, gut ausgebildeten Menschen bedient werden kann und daß imperialistische Regierungen es sich infolgedessen leisten können, ihre militärischen Ziele zu verfolgen, ohne unter den Militärdienstverweigerern Märtyrer zu schaffen. Um so gefährlicher wäre es, wenn Kriegsgegner sich mit einer solchen Nachricht zufrieden gäben, statt gerade in ihr das Signal zu erkennen, daß die Gefahr aufs Höchste gestiegen ist.

Diese Überlegung zeigt zugleich die Schranken, die der Bewegung der Dienstverweigerung für den Kampf gegen den imperialistischen Krieg zukommt. Die Militärdienstverweigerung und gar erst die Kriegsdienstverweigerung sind keine Waffen, die den Imperialismus tödlich treffen. Wenn die Arbeiterschaft sich nicht fatalistisch in ein neues Völkermorden hineinführen lassen will, dann muß sie bereit sein, schärfere Maßnahmen zu ergreifen.

Neurath zur Gleichberechtigung.

Außenpolitik ohne Kommissstiefel.

H. M. Reichsaussenminister von Neurath hat im „Heimatsdienst“ einen Artikel über „die Anerkennung von Deutschlands Gleichberechtigung in der Wehrfrage“ geschrieben. Die Vertragungsresolution der Abrüstungskonferenz vom 23. Juli zeigte, so heißt es in dem Aufsatz, daß die Rechtsgleichheit in der Wehrfrage nicht durch Auferlegung gleich weitgehender Bindungen für alle Staaten zu erreichen war.

Zur Erfüllung unseres Anspruchs auf Gleichberechtigung blieb daher kein anderer Weg als der Eintritt Deutschlands in das System der allgemeinen Abrüstung, das die Konferenz beschließen würde, d. h.

der Ersatz des Teils V des Versailler Vertrages durch die von der Abrüstungskonferenz zu schaffende Abrüstungskonvention. . . .

Nur der italienische Ministerpräsident Mussolini hat sich von Anfang an, besonders eindringlich in seiner großen Rede in Turin, für die deutsche Gleichberechtigung eingesetzt. Die französische Regierung veröffentlichte am 14. November einen neuen Abrüstungsplan, der zwar nicht ausdrücklich unsere Gleichberechtigung anerkannte, aber stillschweigend vom Grundsatz der Gleichberechtigung ausging und deren schrittweise und allmähliche Durchführung vorsah. . . .

Seit der Fünfmächte-Vereinbarung vom 11. Dezember ist der Artikel 53 des Konventionstextes, der Deutschland und den anderen abgerüsteten Staaten die Gleichberechtigung aberkannte, tot.

Es wird künftig nicht, wie es dieser Artikel wollte, zweierlei Recht in der Wehrfrage, sondern nur noch gleiches Recht für alle geben. Die Abrüstungskonvention, die von der Konferenz ausgearbeitet werden soll, wird für uns genau so gelten wie für die anderen und den Teil V des Versailler Vertrages ersetzen. . . .

In scharfem Gegensatz zu Blättern wie der „Berliner Börsen-Zeitung“ behauptet Neurath also, daß in Genf die Gleichberechtigung praktisch verwirklicht worden sei (obwohl er zugibt daß ihre praktische Durchführung noch auf Schwierigkeiten stoßen würde). Neurath formuliert die Forderung der deutschen Regierung, um die der Kampf seit Juli dieses Jahres geht, anders als Schleicher es unter dem Papp-Kurs getan hat. Es geht nicht mehr um das Recht, ebensoviel und ebenso starke Waffen haben zu dürfen, wie die anderen Regierungen; es geht lediglich darum, daß Rüstungs-

bestimmungen, die für Deutschland gelten, nicht in Sonderbestimmungen des Versailler Vertrags enthalten sein sollen, sondern in einer Abrüstungskonvention.

Diese versöhnlicheren Formulierungen, die Zufriedenheit mit der ziemlich leeren Genfer Erklärung, die Feststellung, daß der noch vor kurzem scharf abgelehnte französische Abrüstungsplan „stillschweigend vom Grundsatz der Gleichberechtigung ausging“, zeigen, daß, wie in der Innenpolitik so auch im Verkehr mit dem Ausland, die Regierung Schleicher die Kommissstiefel erst einmal ablegt. Die Politik der Kommissstiefel hat die deutsche Regierung in eine völlige außenpolitische Isolierung hineingetrieben: nun gilt es, Verbündete zu finden, die allerdings, wie die „BBZ“ neuerlich schrieb, nicht in Genf, sondern eher in Rom zu finden seien. Daß Schleicher Kontakt mit Mussolini sucht, geht nicht nur aus den anerkennenden Worten hervor, die er ihm in seiner Rundfunkrede zollte, sondern es zeigt sich auch klar in Neuraths Aufsatz: Was sonst als der heiße Wunsch, in Rom Gehör zu finden, hätte wohl den deutschen Außenminister dazu bewegen sollen, darauf hinzuweisen, daß Mussolini sich stets für die deutsche Gleichberechtigung eingesetzt habe, während es doch Herrn von Neurath nicht unbekannt geblieben sein kann, daß der italienische Delegierte in Genf scharf betonte, daß er gegen Deutschlands Aufrüstung sei?

Das wird Neurath jedoch umso eher vergessen, als ja von einer Aufrüstung Deutschlands jetzt gar nicht mehr die Rede ist. Schleicher soll erklärt haben, daß er während der nächsten Jahre überhaupt kein Geld dafür haben werde. Die „Umorganisation der Reichswehr“ aber auf deutsch: die Einführung einer Miliz wird Herrn von Schleicher wahrscheinlich weder von Frankreich noch von Italien verwehrt werden: denn so kommen beide um eine eigene Abrüstung herum.

Deutsch-„nationale“ Wirtschaftspolitik.

Die deutsche Zollpolitik hat bekanntlich dazu geführt, daß die früher sehr engen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den skandinavischen Ländern und Deutschland sehr gelockert worden sind, während England seinen Anteil an dem Handel mit diesen Ländern vergrößern konnte. Eine Folge dieses Umschwungs ist, daß in schwedischen Gymnasien künftig Englisch statt Deutsch als Pflichtfach angesetzt wird.

munisten außerhalb des Gesetzes zu stellen! Ein neuer Beweis auch dafür, daß die herrschende Klasse in der Frage, wie Menschen, die diese Gesellschaftsordnung stürzen wollen, zu behandeln sind, international einig ist — trotz allen nationalen Tratsches.

Konflikt zwischen Volkstag und Regierung in Danzig.

Der Danziger Volkstag beschloß mit 41 gegen 29 Stimmen die Aufhebung des Ermächtigungsgesetzes, durch das der Regierung außerordentliche Vollmachten erteilt worden. Die Vorlage ist an den Senat weitergeleitet worden, der innerhalb eines Monats entweder der Aufhebung des Gesetzes zustimmen oder einen Volksentscheid herbeizuführen hat. Präsident Dr. Ziemm erklärte, daß die Regierung alle verfassungsmäßigen Mittel aufbieten werde, um die Aufhebung des Gesetzes zu verhindern, das allein eine Gewähr für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung biete.

Diplomatische Aussöhnung Rußland-China.

Die Wiederaufnahme normaler diplomatischer Beziehungen, die vor einigen Wochen in Genf durch einen Notenaustausch zwischen Litwinow und dem chinesischen Völkerbunds-Delegierten Yen beschlossen worden ist, wurde jetzt vollzogen. Die Sowjetregierung hat Yen als chinesischen Gesandten in Moskau anerkannt.

Damit ist die Periode liquidiert, die im Sommer 1929 mit der Ausweisung des russischen Botschafters Karachan aus China durch Tschiangkaischek begann. Diese Ausweisung hing mit Tschiangkaischeks Vorgehen gegen die kommunistische Bewegung in Süchina zusammen.

Bomben über Jehol.

Nach chinesischen Meldungen bombardierten am Dienstag 12 japanische Flugzeuge die Hauptstadt Tschaojang der chinesischen Provinz Jehol (unmittelbar südlich der Mandschurei). Mit einer Verschärfung der Kämpfe muß man rechnen, da die Chinesen Vorbereitungen für einen Gegenangriff getroffen haben.

Amerika wird naß.

Das Repräsentantenhaus hat die Biervorlage angenommen, die den Anfang machen soll für die Aufhebung der Prohibition in den Vereinigten Staaten. Durch diese Vorlage wird die sofortige Freigabe von Bier mit 3,2 Gewichtsprozent gleich 0,4 Volumenprozent Alkohol verordnet. Für jedes Faß Bier wird eine Steuer von 5 Dollar erhoben. Die vollständige Aufhebung der Prohibition wird erst erfolgen, wenn die neue Regierung im Amt ist. Auch dann wird noch lange Zeit erforderlich sein, ehe der Alkohol wieder völlig legal wird, da das neue Gesetz von sämtlichen Staaten gebilligt werden muß.

Arbeitslosendemonstrationen in Kanada.

In der kanadischen Stadt Edmonton kam es zu Zusammenstößen zwischen einem Demonstrationszug von 15 000 Erwerbslosen und der Polizei. Die Polizisten machten vom Gummiknüppel Gebrauch; verletzt wurden 20 Personen.

Personalschub beim Völkerbund.

In Genf werden demnächst die Posten des Direktors der Informationsabteilung des Völkerbundssekretariats, des Direktors der Minderheitenabteilung und des Leiters der politischen Abteilung, neu besetzt werden. Die Vertreter der kleinen Staaten und auch Deutschlands hoffen, daß durch diesen Personalschub der Anfang dazu gemacht wird, daß wichtige Posten im Völkerbund auch von anderen als Vertretern der Großmächte besetzt werden.

Auch in Moskau gibt sich der Winter einseitig milde: Temperatur zwischen 4 und 8 Grad; gelegentliche Nachfröste, aber an Fliederbüschen und Kirschbäumen sprießen Knospen. Der Finnische Meerbusen ist völlig eisfrei.

Das neueste Arbeitsbeschaffungsprogramm. Das wievielte?

Zwischen dem Reichsfinanzminister und dem Wirtschaftsminister, dem Arbeitsbeschaffungs-Kommissar und dem Reichsbankpräsidenten ist, wie mitgeteilt wird, eine „völlige Einigung“ erzielt worden über ein Sofort-Programm für Arbeitsbeschaffung in Höhe von 500 Millionen Mark.

Ueber die Einzelheiten des Programms und seine Finanzierung wird Herr Gerekko Freitag abend im Rundfunk sprechen. Man wird aufpassen müssen, ob nicht bereits anderweit bewilligte Arbeiten nach bewährtem Rezept nun nochmals gezählt werden.

Unerhörte Klassenjustiz in England.

Gegen Kommunisten mit 115 Jahre alten Gesetzen.

Der im Herbst veranstaltete Hungermarsch englischer Erwerbsloser nach London, der von der kommunistischen National Unemployed Workers' Movement (Nationale Arbeitslosen-Bewegung, NUWM) organisiert worden ist, hatte seinen Zweck weitgehend erreicht: Im ganzen Lande, ja, über die Grenzen Englands hinaus wurde die Aufmerksamkeit in erhöhtem Maße auf das Elend der Erwerbslosen und die schikanöse Handhabung der Bedürftigkeitsprüfung gelenkt. Die Behörden hatten nicht erwartet, daß den Kommunisten eine so machtvolle Demonstration gelingen würde und sahen sich nun veranlaßt, die Führer der NUWM wenigstens für einige Zeit unschädlich zu machen. Die Justiz erhielt den Auftrag, diese Aufgabe durchzuführen.

Als Erster der Führer der NUWM wurde Wal Hannington festgenommen, der den Hungermarsch organisiert hatte. Er wurde wegen Aufreizung der Polizei angeklagt, die darin bestanden haben soll, daß Hannington in einer Rede am Trafalgar Square gesagt haben soll, auch den Polizisten würden ja die Gehälter gekürzt, sie sollten sich auch in den Kampf der Arbeiter einreihen. Hannington wurde zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Dann kam Elias an die Reihe, der Vorsitzende der NUWM. Ihm wurde zur Last gelegt, andere Führer der Arbeitslosenbewegung „aufgereizt zu haben, Unzufriedenheit, Aergernis und Unwillen zwischen verschiedenen Klassen der Untergebenen Seiner Majestät (gemeint sind britische Staatsbürger) zu verursachen und öffentliche Störungen hervorzurufen. Die Anklage gründete sich auf Briefe, die Elias aus Moskau an englische Kommunisten geschrieben hat. In den Briefen drückt er seine Zufriedenheit über einige Arbeitslosenunruhen aus und machte Vorschläge für weitere kommunistische Aktionen.

Dann folgte der Prozeß gegen den 76 Jahre alten Tom Mann und gegen Enrhys Llewellyn. Gegen diese Genossen konnte trotz vieler Haussuchungen in allen Büros der NUWM und trotz genauester Untersuchung ihrer Tätigkeit kein Material gefunden werden. Darum wurde zum Prozeß gegen sie ein Gesetz ausgegraben, das 115 Jahre alt ist und das es den Gerichten gestattet, von „Friedensstörern und Leuten, die andere dazu verhetzen, an Massendemonstrationen teilzunehmen“, die im Sinne dieses Gesetzes von 1817 als verboten gelten, eine Garantie dafür zu verlangen, daß sie während einer bestimmten Zeit keine Verbrechen begehen werden. Von den beiden Angeklagten wurde also verlangt, daß sie Sicherheiten von je 200 Pfund beim Gericht hinterlegten, zur Garantie dafür, daß sie während der nächsten zwölf Monate „Frieden halten“ würden. „Keiner der Angeklagten“, so sagte der Richter im Verlauf des Prozesses, „ist wegen irgend eines Verbrechens angeklagt, es ist daher nicht notwendig zu beweisen, daß sie eines Verbrechens schuldig sind. Ich habe lediglich festzustellen, ob die Umstände so liegen, daß vernünftiger Weise erwartet werden kann, daß das Verhalten der Angeklagten zur Störung der öffentlichen Ordnung führen kann und wahrscheinlich führen wird. . . . Sie (die Angeklagten) können im Rahmen des Gesetzes tun, was sie wollen. Ich verlange von ihnen nur, daß sie sich verpflichten, Ruhe und Ordnung nicht zu verletzen.“

Mann und Llewellyn sollen also dafür Geld hinterlegen, daß sie während des nächsten Jahres das tun werden, was von jedem Staatsbürger verlangt wird: nämlich die Gesetze nicht zu verletzen. Sie haben sich geweigert, diese Garantie zu geben und müssen daher zwei Monate ins Gefängnis — wohl gemerkt: ohne ein Verbrechen begangen zu haben, das hat der Richter ihnen ja bescheinigt! Eine neue Art, Kom-

Lenin, Trotzki und die Preußische Staatsbibliothek.

Die eine Seite.

Rpt. Ich suchte ein Buch von Lenin im Katalog der Preußischen Staatsbibliothek in Berlin. Ich kam beim Blättern bis zu Charles Lenient, dem Verfasser eines Buches über „Die Komödie in Frankreich im 19. Jahrhundert“. Hinter ihm steht nicht Lenin im Katalog, sondern Johann Lening, nach dem Buchtitel zu urteilen, ein alter Theologe. Zwischen diesen beiden Namen hätte Lenin stehen müssen. Ich blättere den Katalogband zwei Mal durch und finde Lenin nicht. Und seine Bücher müßten doch mehrere Katalog-Seiten füllen!

Ein alter Bibliothekar tritt zu mir: „Suchen Sie Lenin?“ — „Ja!“ — „Der steht nicht in diesem Band. Der Mann heißt eigentlich Uljanoff.“ — Darauf ich: „Warum steht nicht einmal eine Verweisung in dem Katalog?“ — „Die steht, entsprechend unserer Vorschrift, am Schluß des Bandes.“ — „Jedermann erwartet doch, Lenins Bücher hier in diesem Band verzeichnet zu finden.“ — „Nein, der gehört nicht in diesen Band. Ich bin hier schon dreißig Jahre. Wo kämen wir hin, wenn wir die Verfasser nicht nach ihren eigentlichen Namen registrierten! Denken Sie doch, Dr. Eck, der Gegner von Luther, hat unter 15 Pseudonymen geschrieben.“ — „Mit welchem Namen ist wohl Lenin in die Geschichte eingegangen?“

Nun suchte ich im Katalog noch nach Trotzki. Ein Katalog-Band endet mit Trotzki; der nächste beginnt mit Jules Troubat. — Wer Bücher von Trotzki sucht, muß nachschlagen unter: Leo Bronstein.

Bücher von Sinowjew sind im Katalog nur auf Umwegen auffindbar. Im Katalog-Band 1366d steht folgende Verweisung: „Sinowjew, siehe Zinowev.“ Im Band 1618a wird man weiter verwiesen: „Georg Zinowev, russ. Bolschewist Siehe Apfelbaum (wirkl. Name)“ Unter Apfelbaum findet man dann Seiten lang die Schriften von Sinowjew. Dabei kann man übrigens mit einer gewissen Beruhigung feststellen, daß nicht alle deutschen Bibliotheken darauf versessen sind, den ehemaligen Chef der III. Internationale als „Apfelbaum“ zu registrieren. Die von einer Zentrale an alle großen Bibliotheken gedruckte gelieferten Buchtitel, die in den Katalog eingeklebt sind, enthalten alle nur den Verfassernamen, den man außerhalb der Preußischen Staatsbibliothek zu verwenden pflegt!

Die andere Seite.

Die Anweisungen für Katalogbenutzer belehren in § 5 darüber, daß die „Namen von Königen und Fürsten“ in lateinischer Form geschrieben sind (Aus einem dummen August wird also auf diese Weise ein Augustus!) Die Bücher des Großgrundbesitzers von Oels stehen im Katalog unter der groß gemalten Überschrift: „Wilhelmus, prinzeß-Borussiae, Kronprinz des deutschen Reiches u. von Preußen.“ Die Reihe seiner Werke beginnt mit: „Allerhöchst befohlene Ordnung der Feierlichkeiten bei der am 6. Juni 1905 im Königlichen Schloß zu Berlin stattfindenden Ver-

mählung Seiner Kaiserl. u. Königl. Hoheit des Kronprinzen des Deutschen Reiches und Kronprinzen von Preußen mit Ihrer Hoheit der Herzogin Cecillie zu Mecklenburg.“

Auch über der letzten Seite mit den neuesten Werken von IHM steht: Wilhelmus, Kronprinz. Und die gedruckten Buchtitel beginnen — die anderen deutschen Bibliotheken sind nicht ganz so ehrerbietig — mit: „Wilhelm Kronprinz (v. Preußen).“

Plivier liest aus eigenen Werken.

H. M. Berlin, 22. Dezember. Im Rahmen eines vom Malik-Verlag veranstalteten Vortragsabends las gestern Theodor Plivier aus eigenen Werken. Während zu Anfang, als Plivier eine Novelle aus „Zwölf Mann und ein Kapitän“ las, der Kontakt mit dem Publikum noch fehlte, war dieser sofort hergestellt, als der Autor eine Kriegsszene aus „Der Kaiser ging — die Generale blieben“ — vorlas, danach aus demselben Buch einen Teil des Kapitels über den Beginn des Matrosenaufstandes von Kiel und schließlich das Schlußkapitel, über Eberts endgültigen Verrat an der Revolution. Den Höhepunkt des Abends aber bildete die Schilderung der Schlacht vom Skagerrak aus „Des Kaisers Kulis“, eine Schilderung, die das meiste dessen, was über den Krieg geschrieben worden ist, weit übertrifft. Was in diesem Kapitel steht, was überhaupt eine Seeschlacht bedeutet, begreift man erst, wenn man Plivier diese Zeilen vortragen hört und das Gehörte mitzusehen, mitzuerleben glaubt.

Durch den Chor der „Jungen Volksbühne“ wurden Songs aus „Des Kaisers Kulis“ und „Haifische“ vorgetragen.

Der Schleichweg der Kirche.

Zum Kampf gegen die kirchlichen Aufsichtsansprüche.

Von Anna Fricke

Mit dem Wechsel, der sich im preußischen Unterrichtsministerium nach dem 20. Juli vollzog, bekam die evangelische Kirche ein Geschenk, um das sie seit dem Fall der geistlichen Schulaufsicht zäh — zuerst geheim, dann öffentlich — gekämpft hatte: das Recht zur Einsichtnahme in den Religionsunterricht. Durch Ministerialerlaß vom 2. August wurde diese Einsichtnahme verfügt.

Fast einstimmig ist die Lehrerschaft gegen die kirchliche Einsichtnahme. Sie lehnt sie nicht nur deswegen ab, weil sie hierin eine neue Machtzufuhr der Kirche sieht, sondern weil hier ein Angriff gegen das Ziel einer von privaten Mächten freien Schule vorliegt. So einstimmig die Ablehnung, so verschieden der Kampf. Es gibt in den Lehrer-Organisationen Bezirks- und Provinzialvereine, die sich darauf beschränken, Entschlüsse zu fassen; es gibt Vereine, die von ihren Mitgliedern die Ablehnung kirchlicher Aemter und den Austritt aus den von Lehrern und Geistlichen gebildeten Unterrichtsausschüssen für den Religionsunterricht fordern. Am entschlossensten kämpften die Lehrer Westfalens. In einer ganzen Reihe von Ortsgruppen haben 65, 70, ja 90 Prozent der Religionslehrer sich zur Niederlegung des Religionsunterrichts bereit erklärt. So unterschrieben von 420 Religionslehrern des Dortmunder Lehrervereins 371 — das sind 88 Prozent — ein Schreiben, das mit den folgenden Worten schließt:

„Sollte die evangelische Kirchenbehörde trotzdem von der ihr durch den Ministerialerlaß vom 2. August 1932 gegebenen Möglichkeit der Einsichtnahme auch an den Dortmunder Volksschulen Gebrauch machen, so

werden wir unter Berufung auf den Artikel 140 (Abs. 2) der Reichsverfassung den Religionsunterricht niederlegen.“

Dieser entschlossene Kampf der Westfalen fand leider nur in Schleswig-Holstein einen ebenbürtigen Widerhall, nur dort neigen noch weite Kreise der Lehrer zur Anwendung des gleichen Kampfmittels.

So ist es zu erklären, daß die Regierung zu einem neuen Schlage ausholen konnte, der Anfang Dezember bekannt wurde.

Der Reichskommissar im Kultusministerium hat einen vertraulichen Erlaß an die Regierungspräsidenten übersandt.

Dessen bedeutsamster Satz lautet:

„Gegebenenfalls wird ... darauf aufmerksam gemacht werden müssen, daß sich eine Bekämpfung des Erlasses vom 2. August d. J. in der Öffentlichkeit und eine Beeinflussung der Elternschaft zu diesem Zweck mit den Beamtenpflichten eines Lehrers nicht vereinigen läßt.“

Das öffentliche Auftreten gegen die kirchliche Einsichtnahme in den Religionsunterricht kann hiernach für einen Lehrer ein Disziplinarverfahren zur Folge haben.

Außerdem ist entsprechend diesem Geheimerlaß im Regierungsbezirk Arnberg eine Verfügung erlassen worden, in der die Lehrer darauf aufmerksam gemacht werden, „daß im Falle zahlreicher Niederlegungen zur Behebung unterrichtlicher Schwierigkeiten Versetzungen im Interesse des Dienstes nicht zu vermeiden sein werden.“

Es droht also die Abwürgung des Kampfes der Lehrer gegen die Einsichtnahme in den Religionsunterricht! Darum tut ein Ueberprüfen der bisherigen Kampfmethoden not. Wie kann die Lehrerschaft den Kampf noch siegreich zu Ende führen?

Die Verantwortung liegt vor allem bei der größten Lehrerorganisation in Preußen, dem Preußischen Lehrer-Verein.

Als Zweigverein des Deutschen Lehrer-Vereins bekennt er sich zu dessen Satzung und damit zu den Forderungen der Trennung der Schule von der Kirche und der Beseitigung aller Bestimmungen, die das Gewissen bedrücken oder die Freiheit der Lehre und die staatsbürgerliche Betätigung der Lehrer einschränken. Für die Erreichung dieser Ziele ist der Preußische Lehrer-Verein satzungsmäßig verpflichtet, zu kämpfen „nach gewerkschaftlichen Grundsätzen unter Anwendung aller gewerkschaftlichen Mittel“. Sein bisheriger Kampf gegen die Einsichtnahme zeigt uns aber, daß er sich dieser Mittel nicht im geringsten bediente.

Nach dem entschlossenen Vorgehen der Westfalen nach dem Bekanntwerden des oben erwähnten Geheimerlasses war auf der wenige Tage später (am 10./11. Dezember) stattfindenden Gesamtvorstandssitzung des Preußischen Lehrer-Vereins noch die folgende Ansicht vorherrschend:

„Gewiß, es gibt ein Mittel, vor dem zweifellos auch die Kirche kapitulieren müßte. Das wäre die einmütige, aus innerster Gewissenspflicht erfolgende Ablehnung eines evangelischen Religionsunterrichtes, der eine dem wahren lutherischen Geist zuwiderlaufende Glaubenskontrolle erfahren soll. Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß der Verein zu einem solchen, der Gewissensentscheidung des Einzelnen vorbehaltenen Schritte nicht aufrufen kann.“ („Preußische Lehrer-Zeitung“, vom 15. Dezember 1932.)

Der Vorstand verzichtet also, aufzurufen gerade zu dem Mittel, von dem er selber der Ansicht ist, daß es zur Abwehr der „Glaubenskontrolle“ führen würde.

Der Vorstand glaubt, daß die Achtung vor der Gewissensfreiheit des Lehrers ihm diesen Schritt versagt. Sieht er nicht, daß er mit der Preisgabe dieses Mittels gerade die Gewissensfreiheit des gesamten preußischen Lehrerstandes an die Kirche preisgibt? Sieht er nicht, daß er die Gewissensfreiheit der Kinder durch einen kirchlich gestalteten Religionsunterricht im Keime ersticken läßt? Weil die Kirche die Gewissensfreiheit der Kinder und Lehrer mißachtet, darum ist gerade zum Schutz der Gewissensfreiheit das einzige Mittel geboten, das zur Abwehr des kirchlichen Vorstoßes führen kann. Sollte es so schwer sein, das den Kollegen klarzumachen? Zeigt nicht das Beispiel Westfalens, daß die Lehrerschaft sich wehren kann? Der Vorstand des Preußischen Lehrer-Vereins selber ist erfreulicher Weise so inkonsequent, in dieser Gewissensfrage von seinen Mitgliedern wenigstens zu erwarten, daß sie „einen Auftrag zur Uebernahme der Einsicht in den Religionsunterricht ihrer Kollegen nicht annehmen“. Warum ist der Vorstand des Preußischen Lehrer-Vereins nicht konsequent? Warum erwartet er nicht auch von jedem Mitglied, daß es der Kirche seine Hilfe versagt bei einem viel schlimmeren Unrecht als dem der Kontrolle eines Erwachsenen durch einen Erwachsenen, nämlich bei der Abrichtung eines unmündigen Kindes nach kirchlichen Dogmen, und zwar durch einen Erwachsenen, der selber nicht an diese glaubt?

So einfach diese Gedankengänge sind, so schwer ist es erfahrungsgemäß, in Kreisen von Lehrern mit ihnen durchzudringen.

Der Gedanke der Toleranz hat sich bei ihnen so eingefressen,

daß das Denken bei der Masse der Lehrerschaft nicht von heute auf morgen umgestellt werden kann. Daß heute, wo die Kirche auf Toleranz pfeift, die, die Toleranz üben, der Kirche keinen Stein in den Weg legen und damit gerade die Intoleranten, die Feinde der Geistesfreiheit,

unterstützen, vermögen weite Kreise der Lehrer anscheinend nicht einzusehen.

Selbst unter Berücksichtigung dieser Verhältnisse im Preußischen Lehrer-Verein gibt es aber noch Mittel, die einen erfolgreichen Endkampf gegen die Einsichtnahme herbeiführen könnten.

Wenn heute sämtliche wichtigen Funktionäre des Lehrer-Vereins erklärten, daß sie persönlich den Religionsunterricht niederlegen, dann würden ihnen weite Kreise der Lehrerschaft folgen.

Es gibt eine ganze Reihe von Führern, die den Religionsunterricht niedergelegt haben, oder von denen das Gerücht geht, daß sie es getan hätten. Warum ist das nicht bekannt? Warum veröffentlicht die Lehrerpresse nicht die Namen derer, die noch etwas Mut haben? Wenn sie das täte, dann würde eine öffentliche Meinung in den Reihen der Lehrer das bewerkstelligen, was noch Erfolg verspricht: die Niederlegung des Religionsunterrichts durch weite Kreise der Lehrer. Solange die Führer nicht durch persönliche Entschlüsse vorangehen, die in der Presse bekanntgegeben werden, wird es weiter so gehen, wie es jetzt steht. Die einfachen Mitglieder werden weiter sagen: Ja, wenn der Vorstand niederlegt, lege ich auch nieder! Der Landlehrer: Ja, wenn der Stadtlehrer niederlegt, lege ich auch nieder! Der Vorstand: Wenn meine Mitgliedschaft mich im Stich läßt, so kann ich nicht niederlegen!

Diese Reden tragen den Charakter der Ausflüchte an der Stirn. Denn der Anfang mit dem Kampf ist ja gemacht, die Kollegen in Westfalen haben ihn gemacht, einmütig: Vorstand des Vereins, einfaches Mitglied, Stadtlehrer, Landlehrer. Warum lassen die anderen sie im Stich? Dafür gibt es keine Entschuldigung.

„Der Lehrerstand brauchte sich seiner Macht nur bewußt zu werden, um bei ernstlichem Willen den Geist der Rechtllichkeit zum herrschenden im Volke zu machen.“ (Leonard Nelson.)

Achtung!

Gelegenheit zum Kirchenaustritt!

Wie der Deutsche Freidenker-Verband mitteilt, sind in diesem Jahre die Anfragen wegen des Kirchenaustritts besonders zahlreich. Der DFV veranstaltet daher in Berlin an folgenden Tagen Kirchenaustrittsabende:

Am Mittwoch, dem 21. Dezember; am Donnerstag, dem 22. Dezember; am Dienstag, dem 27. Dezember; am Mittwoch, dem 28. Dezember; am Donnerstag, dem 29. Dezember: im Freidenkerhaus, SW 29, Gneisenaustr. 41; im Lokal Franz Carus, N 31, Voltastr. 19; im Lokal Rößler, N 113, Schivelbeiner Straße 3; im Lokal Wittschuß, O 34, Petersburger Straße 5; im Jugendheim Charlottenburg, Rosinenstr. 41; im Kreisbüro Neukölln, Fuldastr. 55/56 (Idealpassage); im Lokal Schmidt, N 4, Borsig-Ecke Tieckstraße; von 19 bis 20 Uhr.

Zukünftig ist laufend Gelegenheit geboten: Mitte: jeden 1. und 3. Freitag von 19^{1/2} bis 20^{1/2} Uhr im Lokal Schmidt, N 4, Borsig-Ecke Tieckstraße; Lichtenberg: jeden 1. und 3. Montag von 19 bis 20 Uhr in der Bibliothek Weichselstr. 23; Wedding: jeden Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 18 bis 19 Uhr Reinickendorfer Straße 113, jeden 1. und 3. Montag von 19 bis 20 Uhr im Lokal Franz Carus, Voltastr. 19; Prenzlauer Berg, Weißensee, Pankow: jeden Montag von 18 bis 20 Uhr im Lokal Rößler, Schivelbeiner Straße 3; Friedrichshain: jeden 1. und 2. Montag von 18 bis 20 Uhr im Lokal Wittschuß, Petersburger Straße 5, jeden Dienstag und Freitag von 19 bis 20 Uhr Große Frankfurter Straße 141 v. II; Kreuzberg: jeden Montag und Donnerstag von 19 bis 20 Uhr im Freidenkerhaus, Gneisenaustraße 41; Charlottenburg: jeden Sonnabend von 17 bis 18 Uhr im Jugendheim, Rosinenstraße 41; Spandau: Auskunft erteilt Heinrich Salzmann, Zeppelinstraße 7; Neukölln: jeden Dienstag von 18 bis 19 Uhr im Kreisbüro, Fuldastr. 55/56 (Idealpassage); Tiergarten: jeden Montag und Freitag von 17 bis 19 Uhr bei Rechtsanwalt Dr. Pick, Brückenallee 13.

BRUNO GLUCHOWSKI
HOHLEN-KULIS
 REVOLTE AN DER RUHR (38)
 COPYRIGHT 1932 BY FACKELREITER-VERLAG G. M. B. H., BERLIN W 19

Aber dann kam die Inflation, ein toller Zahlenrausch ergriff die Massen. Um die täglichen Bedürfnisse zu befriedigen und die notwendigsten Einkäufe zu machen, mußte man mit Tausenden von Mark rechnen, denen bald Hunderttausende und Millionen folgten. Devisen und Sachwerte, das waren die Schlagwörter dieser Zeit. Die Arbeiterschaft verdiente Hunderttausende, verelendete dabei immer mehr. Das Wort des alten Stinnes wurde wahr: „Geld sollt ihr haben wie Heu, aber kein Hemd auf dem Leibe.“ Dann begann eine Zeit, die von den Schritten marschierender Soldaten in blaugrauen Uniformen und unter dem Zeichen der Trikolore widerhallte. Das Ruhrgebiet wurde besetzt, französische Laute erklangen, die Gesichter farbiger Kolonialtruppen wurden etwas Alltägliches in den Straßen des Ruhrgebiets. Die Arbeiterschaft stand diesen Soldaten nicht feindlich gegenüber. Sie haßte nicht diese Menschen, die auch nur Arbeitsbrüder waren wie sie, sondern nur das militaristisch-imperialistische System, dem sie dienen mußten. Der passive Widerstand flammte auf. Kein Pfund Kohle den Franzosen, war die Parole. In den Gruben wurden nur die notwendigsten Vorrichtungsarbeiten gemacht. Auf ihren Gezkähkisten saßen die meisten Kumpels, spielten Karten oder Mühlehen, bis es Schlicht war. Dann fuhren sie zutago und gingen nach Hause. Kein Steiger trieb die Kumpels zur Arbeit an, denn der Staat bezahlte ja die Löhne und die Grubenbesitzer bekamen kostenlos ihre Vorrichtungsarbeiten gemacht. Neue Schächte wurden abgetouft, neue Querschläge, Richtstrecken, Aufhänge, Stapel-schächte usw. getrieben. Wenn der passive Widerstand beendet war, konnte die Kohlenförderung in verstärktem Maße wieder aufgenommen werden. Die Eisenbahner verharrten im passiven Widerstand, die Be-

setzungsbehörden nahmen die Eisenbahn in eigene Regie. Nur wenig wurden diese Züge von den Einwohnern benützt, Unfälle waren in der ersten Zeit an der Tagesordnung, weil die französischen Eisenbahner sich nicht so schnell mit den Streckenverhältnissen vertraut machen konnten. An sämtlichen Bahnhöfen waren Anschläge angebracht, laut denen die Misum, wie man die französische Gesellschaft, der die Ausbeutung der Ruhrgruben und -fabriken übertragen worden war, nannte, Arbeiter suchte für die von ihr in Betrieb genommenen Zechen und Fabriken. Es waren meist Ausländer, die sich dazu meldeten. Eines Tages wurde auch Zeche Rhenania besetzt. Die Kumpels, die morgens zur Schicht gehen wollten, fanden das Zechentor geschlossen und französische Soldaten auf dem Zechenplatz. Sie gingen nach Hause, begannen ein Rentnerdasein, das einige Monate dauerte. Der Staat bezahlte die Löhne, die Kumpels von Rhenania bekamen das Geld alle 10 Tage ins Haus gebracht. Sie verlebten eine Zeit, die sie nie wieder bekommen würden. Dann kam der Herbst, und mit ihm die Kälte, der Hunger. Die deutsche Mark stand so niedrig im Kurs, daß man sich für die Unterstützung einer Woche nur noch ein kleines Brot und ein halbes Pfund Margarine kaufen konnte. Der Hunger ging im Ruhrgebiet, die Kartoffelfelder wurden geplündert. Nächtllicherweise wurden Koks- und Kohlenhalden gestürmt, die erbeuteten Schätze verkauft, um für den Erlös etwas Lebensmittel kaufen zu können. Ein Pfund Schmalz kostete drei Billionen Mark. In Einkaufskörben mußte man die Hunderttausendmarkscheine wegbringen und bekam dafür doch nur ein Brot. Dann brach der passive Widerstand zusammen, die Bergarbeiterschaft atmete auf. Jetzt mußten bessere Zeiten kommen. Aber sie kamen so schnell noch nicht. Zunächst wurde den Kumpels durch Diktat der schwerindustriellen Unternehmer die Siebenstundenschicht geraubt; mußten sie fortan acht Stunden arbeiten. Die Papiermark verschwand, an ihre Stelle trat die Rentenmark. Eine Billion Papiermark war soviel wie eine Rentenmark. Das kleine Einmaleins kam jetzt bei der Rechnung wieder in Anwendung. Nicht alle Kumpels wurden sofort wieder eingestellt, viele mußten noch monatelang warten, bis die Reihe an sie kam. Die radikalen Elemente, wie man sie nannte, kamen

überhaupt nicht mehr in Frage, konnten jetzt von einer Zeche zur anderen wandern und wegen Arbeit anfragen.

Robert Zielinski, der wegen des Streiks vom Januar 1920 seiner Betriebsratsfunktion entkleidet war, ging als Schachthauer nach Rußland. Von dort schrieb er begeisterte Briefe, aber nur die Wenigsten glaubten an die Wahrheit der Geschriebenen. Hans Döring, Günther Gerlings Freund, war bei einem Zusammenstoß mit Franzosen erschossen worden. Seine Frau hatte sich daraufhin in einem Klärteich ertränkt. Günther Gerling, der auch immer noch auf seine Einstellung wartete, fuhr eines Tages kurzentschlossen nach Westfalen, suchte und fand dort Arbeit auf Zeche Westfalia. In Annendorf bewohnte er seit der Zeit ein Zimmer, das ihm ein Kumpel abvermietet hatte, mit Else Lampert, die er inzwischen geheiratet hatte. Einige Monate Arbeit folgten, langsam kam wieder Ordnung in die häuslichen Verhältnisse. Bis im Mai 1924 die große Aussperrung der Bergarbeiter erfolgte. Tagtäglich wurden Versammlungen abgehalten, Streikposten verhinderten das Anfahren von Streikbrechern. Man hoffte auf das Nachgeben der Unternehmer, weil sonst die Zechen versaufen müßten. Aber sie taten den Kumpels nicht den Gefallen, Beamte hielten die Pumpen in Gang, fielen auf diese Weise den Kumpels in den Rücken. Wieder hielt der Hunger seinen Einzug in die Bergarbeiterkolonien und -städte. Das letzte Geld war verbraucht, Städte und Gemeinden unterstützten die Ausgesperrten nur wenig. Scharenweise zogen die Kumpels aufs Land, versuchten, von den Bauern einige Lebensmittel zu erbitten. Viele Bauern unterstützten sie in ihrem Kampf gegen die Zechenbarone, andere aber speisten sie mit ranzigen Speckschwarten und hartem Brot ab. Vier Wochen Aussperrung und kein Erfolg. Eine geschlagene Armee, so mußten die Kumpels wieder einfahren in die Schächte. Der Mißerfolg war eine Folge der Uneinigkeit der Bergarbeiterschaft, die sich in drei verschiedene Lager gespalten hatte. Auf der einen Seite stand die kommunistisch orientierte Union der Hand- und Kopfarbeiter, auf der anderen Seite der sozialdemokratische Bergarbeiterverband, und auf der dritten der Christliche und Hirsch-Duncker-sche Bergarbeiterverband.

(Fortsetzung folgt.)

Die Ausbeutung der weiblichen Arbeitskraft.

Relatives Anwachsen der Frauenarbeit.

M. H. Die gesamte Reaktion ist sich einig, wenn es gegen die Frauenberufarbeit geht, vor allem gegen die der verheirateten Frau. Während gegen die wirklichen Vielfachverdiener, die Bezieher hoher Pensionen und Einkommen oder gegen die Inhaber mehrerer Aufsichtsratsposten zum Beispiel nichts unternommen wird, ist der sogenannte „Doppelverdienst“ der Frau immer wieder Anlaß zu wütenden Angriffen, ja heute wird sogar bereits die Entfernung aller Frauen — gleich, ob verheiratet oder nicht — aus Posten in Behörden, Schulen und Firmen gefordert, um diese Männern zur Verfügung zu stellen, besonders da, wo es sich um einigermaßen gut bezahlte Posten handelt! Demgegenüber ist es wichtig, daß die Unternehmer mehr und mehr versuchen, ihre Konkurrenzfähigkeit durch relative Vermehrung der billigeren Frauenarbeit zu erhöhen, und daß die Regierung durch ihre Maßnahmen diese Tendenz der Unternehmer fördert, so zum Beispiel durch die September-Notverordnung mit ihrem amtlichen Lohnabbau und der staatlichen Prämierung von Neueinstellungen. Die „Gewerkschaftszeitung“ vom 5. November bringt darüber interessante Zahlen. Die neueste Notverordnung gewährt bekanntlich dem Arbeitgeber die gleiche Prämie bei Neueinstellung männlicher wie weiblicher Arbeitnehmer und den gleichen Lohnabzug von 50 Prozent für die 31. bis 40. Wochenstunde bei Neueinstellung von 25 Prozent. Was bedeutet das? Durch die gleiche staatliche Lohnprämie wird dem Arbeitgeber bei Neueinstellungen ein erheblich stärkerer Teil des Frauenlohnes als des Männerlohnes ersetzt, da die Frauenlöhne wesentlich niedriger sind als die Männerlöhne; zum Beispiel betrug der durchschnittliche Tariflohn einer Metallarbeiterin im März 1932 nur 60 Prozent des Lohnes eines gelernten und 67 Prozent des Lohnes eines angelernten männlichen Metallarbeiters. Wenn schon bisher diese Unterbezahlung der Frauen die Verdrängung der Männerarbeit vielfach förderte, so geschieht dies nach der Notverordnung vom 5. September in besonderem Maße. Die Feststellungen der Gewerkschaften zeigen denn auch, daß überall da, wo diese Notverordnung angewandt wurde, weibliche Arbeitskräfte in verhältnismäßig stärkerem Maße herangezogen wurden.

als männliche. Kamen in diesen Betrieben vor den Neueinstellungen auf 100 Beschäftigte 23 erwachsene Arbeiterinnen, so stieg ihr Anteil nach den Neueinstellungen auf 28. Der Anteil der weiblichen Jugendlichen an den Belegschaften dieser Betriebe stieg gleichzeitig von 2,8 auf 4,8 Prozent. Diese Entwicklung zeigt deutlich, daß

die Unternehmer von der Möglichkeit, auf Kosten der unterbezahlten Frauen zusätzliche Gewinne zu machen, unbedenklich Gebrauch machen, ohne Rücksicht darauf, ob dadurch vielleicht Familienväter aus den Betrieben verdrängt werden.

Die Verlogenheit des reaktionären Feldzuges gegen die Frauenberufarbeit wird damit deutlich!

Auch die Statistik des Arbeitsamts zeigt die verhältnismäßig stärkere Nachfrage nach weiblichen Arbeitskräften. Auf je 100 Arbeitsgesuche kamen z. B. im Juli offene Stellen:

Landesarbeitsamt	für Männer	für Frauen
Brandenburg	3,1	7,8
Sachsen	1,6	4,6
Ostpreußen	8,8	20,4
Mitteldeutschland	2,8	7,6
Bayern	2,9	7,5
Hessen	2,2	6,1

Angesichts dieser steigenden Ausnutzung der weiblichen Arbeitskraft ist es um so dringender, daß die Gewerkschaften für bessere Frauenlöhne eintreten, und dazu wieder ist es notwendig, die Frauen besser zu organisieren. Um so bedauerlicher ist die Tatsache, daß der Prozentsatz der Frauen in den dem ADGB angeschlossenen Verbänden seit 1924 ständig wie folgt gesunken ist, er betrug:

Jahr	1924	1925	1926	1927	1928	1929	1930	1931
Prozent	19,0	17,2	16,0	15,4	15,2	14,5	14,2	13,8

Wie erklärt sich dieser Rückgang? Aus einem Rückgang der Frauen innerhalb der Belegschaften bestimmt nicht; denn wie wir oben gezeigt haben, ist jedenfalls in der jüngsten Zeit sogar eine relative Zunahme der Frauenarbeit zu verzeichnen. Aber zweifellos spielt hier eine Rolle, daß die Frauen unter der Last der Krise oft stärker leiden als die Männer; einmal weil ihre Löhne an und für sich geringer sind; ferner ist die Kurzarbeit unter den Frauen häufiger als

unter den Männern. So mag oft gerade der Arbeiterin der Entschluß, von dem kärglichen Verdienst den Gewerkschaftsbeitrag noch aufzubringen, zu schwer fallen. Es scheint aber, als ob die Hauptursache dieser rückläufigen Entwicklung bei dem **arbeitslosen Teil der Mitgliedschaft** zu suchen ist. Dafür sprechen Angaben aus verschiedenen Jahrbüchern der Verbände des ADGB, aus denen hervorgeht, daß „bei längerer Arbeitslosigkeit die Frauen leichter geneigt sind, ihre Mitgliedschaft aufzugeben als die männlichen Mitglieder“. Das erklärt sich aus ihrer geringeren Verbundenheit mit ihrem Beruf und aus mancher Benachteiligung der Frauen beim Bezug der Arbeitslosen-, Krisen- oder Wohlfahrtsunterstützung; diese Entfremdung der Frauen von den Gewerkschaften wird außerdem sicherlich unterstützt durch die erwähnte Bekämpfung der Berufsarbeit der verheirateten Frauen; denn gerade unter den Arbeiterinnen sind viele verheiratete. In der Arbeiterschaft sollte sich also an diesem reaktionären Feldzug niemand beteiligen; denn die Unternehmer lassen sich sowieso nicht hindern, die billigen Arbeitskräfte zu suchen, wo sie sie finden; um aber zu verhindern, daß die Frauen zu Lohndrückern werden, ist es nötig, sie zu organisieren, und zwar **als gleichberechtigte Arbeitskolleginnen.**

Neue Plünderungen in Berlin.

Trotz der angedrohten scharfen Polizeimaßnahmen fanden in Berlin am Mittwoch an folgenden Stellen wieder Plünderungen statt:

In der Großbeerenstraße zertrümmerten gegen 12 Uhr mittags 20 bis 30 junge Burschen, die angeblich vom Wohlfahrtsamt „Kreuzberg“ in der Yorkstraße kamen, wo es am Vormittag schon zu Hungerdemonstrationen gekommen war, unter „Hunger“-Rufen die Scheiben einer Filiale der Lebensmittelhandlung Thürmann und entwendeten Speck- und Wurstwaren. Drei mutmaßliche Täter wurden festgenommen.

In der Reichenberger Straße wurden etwa um dieselbe Zeit aus einer „Nordstern“-Filiale Wurstwaren geraubt. Die Polizei nahm zwei der Täter fest.

In der Blankenfelder Straße wurden aus einer Geflügelhandlung einige Gänse gestohlen. Die Räuber gaben vorher aus einer Schreckschusspistole drei Schüsse ab.

In der Neuen Königstraße raubte ein Erwerbsloser aus der Kasse eines Lebensmittelgeschäftes neun Mark. Nach längerer Verfolgung wurde er von der Polizei festgenommen.

Bei einer Haussuchung wurden bei ihm sieben Pfund Butter gefunden, die wahrscheinlich von einer Plünderung herühren.

In der Kurfürstenstraße wurden von 15 jungen Burschen aus einem Lebensmittelgeschäft Fleisch- und Wurstwaren geraubt.

In der Allensteiner Straße drangen nach 18 Uhr 12 Männer in die dortige „Nordstern“-Filiale ein und entwendeten Lebensmittel. Trotz sofort aufgenommenen Verfolgung durch den Geschäftsführer und Polizeibeamte, konnten die nach allen Richtungen auseinanderstrebenden Flüchtlinge in der Dunkelheit entkommen.

In Conradshöhe stahlen aus einer Thürmann-Filiale zehn junge Leute, die auf Fahrrädern gekommen waren, etwa 100 Pfund Wurst- und Fleischwaren.

Zum Konflikt im Hamburger Gastwirtsgewerbe.

Am Montag und Dienstag fand in Hamburg eine Streikabstimmung statt. Nach den bisher vorliegenden Abstimmungsergebnissen sind mindestens 75 Prozent der Gastwirtsangestellten für den Streik! Die letzten Schlichtungsverhandlungen über den neuen Angestelltentarif im Gastwirtsgewerbe finden am Donnerstag statt. Am Freitag verkündet der Schlichter dann seinen endgültigen Entscheid.

Der Schiedsspruch für die Danziger Hafenarbeiter, der vom Schlichtungsausschuß gefällt worden ist, wurde von den Arbeitgebern angenommen, von den Arbeitern abgelehnt. Die Unternehmer haben die Verbindlichkeitsklärung beantragt.

Das Reichspostministerium teilt mit: Wegen Einstellung des Flugdienstes an den beiden Weihnachtsfeiertagen ruht auch der Luftpostverkehr an diesen Tagen. Ausgeführt werden nur die Flüge Köln-Brüssel-London und zurück.

BESTELLSCHEIN

Hiermit bestelle ich die Tageszeitung „Der Funke“ vom ah zum Preise von monatlich 2.— RM zuzüglich Bestellschuld.

Name Ort

Straße und Hausnummer

Bitte anagahnt Ihrem Briefträger übergeben oder mit 4 Pf. frankiert — an den Verlag senden: IVA, Berlin S 14, Inselstr. 8a.

Das Haus der guten Schuhe
H. Ebel
Berlin N 65, Maxstr. 27
Reinickendorf, Residenzstr. 97/98
Telefon: 0 6 Wedding 2358
Her Vorzels d. Inerates 4 1/2 Rahatt

Nähmaschinen
Reparaturen / Reinigung
Ersatzteile
gut schnell billig
EUGEN GEHM
Frankfurt a. M. - Riederwald
Evelingplatz 12

Pflanzen-Butter
(vegetabile Margarine)
garantiert reine Nuß-Fette

Oberhemdenstoffe,
Tricoline, Flanelle, Oxfords
günstige Posten Maccotuch
kauft man gut und billig bei
Kurt Levy, Berlin O 112
Scharnweherstr. 16/17.

Sonder-Angebot:
Post-Päckchen 3 Pfd. netto
nur 2,20 RM. Frei Haus
gegen Voreinsendung auf
Postscheck Magdeburg 179 24.

Maßarbeit erstklassig
und billig
Herren - Anzüge, Mäntel, Damen-
Kostüme, Aufhügeln und Reparaturen
Alfred Arensberg
Berlin-Reinickendorf-Ost
Hinter der Dorf-Aue 14

Frischkost-Restaurant
Ernst Held, Magdeburg
Otto v. Guerickestraße 104.

VEGA KÖLN, Beethovenstraße 19
Vegetarische Gaststätte
Neuzzeitliche Ernährung nach Dr. med. Bircher Benner, Zürich
Speisezeit ununterbrochen von 12 bis 20 Uhr

„POLYFAR“
RAUMTON

LUXUS KOFFER
RM. 80.—

LEBENSWAHRE
TONWIEDERGABE
BY BONEIGHT

URTEILEN
SIE
SELBST!



OTTO PFOTENHAUER
Musikapparate + Weimar, Gläserstr. 14.

Freunde und Leser des „Funken“!
Unterstützt eure Zeitung

BERLIN
KAMERA

Unter den Linden 14 - A 1 Jäger 2987
22. Dezember: Tu-Heib / Der Mann, der
das Gedächtnis verlor.
Ab 23. Dezember: Das lustige Weihnachts-
programm: RENE CLAIR
„Die Million“
CHARLIE CHAPLIN in „ZIRKUS“
Kellergang geöffnet!
Anfangszeit: 10, 17, 19 und 21 Uhr

Ersklassige
Maßarbeit

Herren - Anzüge
Mäntel
Damen - Mäntel
Kostüme
Tadellos
Schönheit
MAGDEBURG
Johannisbergstr.
10, III.
Stollmuster
vorrätig.

Was tust Du

für die Einheitsfront der Arbeiter-
klasse? — Wenn Du schon kein Redner
und Agitator bist, verwende wenigstens
bei jeder Gelegenheit **Klebemarken**
mit dem Einheitszeichen. — Bestelle
die Klebemarken noch heute bei der
Buchdruckerei Oscar Wettig, Gelnhausen, Hessen-N.

Es kosten bei Voreinsendung des
Betrages: 100 Stück 80 Pfennige, 1000 Stück 8,— Mark. — Zu-
sendung unter Nachnahme zuzüglich 80 Pf. Nachnahmegebühr.



Geschenke für Sozialisten:

Leonard Nelson:
Demokratie und Führerschaft.
Dritte Auflage. 176 Seiten. Broschiert 2,40 M.
Ganzleinen 3,40 M.

—: **Die Reformation der Gesinnung durch Erziehung zum Selbstvertrauen.**
Zweite Auflage. 265 Seiten. Broschiert 8,— M.
Ganzleinen 4,10 M.

—: **System der philosophischen Ethik und Pädagogik.**
XXXV und 681 Seiten. Broschiert 16,— M.
Ganzleinen 17,— M.

—: **System der philosophischen Rechtslehre und Politik.**
XXXV und 691 Seiten. Broschiert 16,— M.
Ganzleinen 19,— M.

Leo Trotski:
Über Lenin.
Material für einen Biographen. Mit drei Bildern.
170 Seiten. Broschiert 1,50 M.
Ganzleinen 2,— M.

Karl Hinkel:
Indien in der Zange.
Die wirtschaftliche Not eines großen Volkes. Mit einer Karte
und 9 Bildern. 156 Seiten. Broschiert 8,— M.
Ganzleinen 4,— M.

Politik und Erziehung. Leinenkassette 6,— M.
Näheres ist aus unseren Prospekten zu ersehen, die
wir auf Wunsch kostenlos senden.

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin SW 19, Inselstr. 8a.
Postscheckkonto: Berlin Nr. 313 42.

A. JANISZEWSKI
BUCHDRUCKEREI UND VERLAG/GMBH

druckt Flugblätter,
Zeitungen,
Zeitschriften
und jede Art
Geschäfts-
drucksachen

Berlin SO 36, Elisabethufer 20-29
Telefon: Sammelnr. F 1 Moritzplatz 5471



Selig sind die Armen.

Die Kirchen kriegen Geld.

In der Klage der evangelischen Landeskirche Sachsens gegen das Land Sachsen wegen Zahlung von Entschädigung an die Kirche hat der Staatsgerichtshof unter dem Vorsitz des Reichsgerichtspräsidenten Dr. Bumke die Entscheidung am Dienstag mittig dahin verkündet, daß den Anträgen der Kirche im wesentlichen stattgegeben worden ist. Nach der Entscheidung des Staatsgerichtshofes ist das Land Sachsen verpflichtet, der Evangelisch-lutherischen Landeskirche in Sachsen vom 1. April 1932 ab

1. die folgenden jährlichen Zahlungen zu leisten:
 - a) als Entschädigung an Geistliche und Kirchendiener für weggefallene Gebühren 310 000 Mark;
 - b) als Zuschuß zur Ablösungsrente für den Getreidezehnten 1000 Mark;
 - c) für den Gottesdienst in der Hofkirche zu Dresden 12 000 Mark;
 - d) für die Augustäische Prieſter-Stiftung 3000 Mark.

2. Es müssen jährliche Zuschüsse zur Besoldung der Geistlichen in der Höhe gewährt werden, daß damit 60 Prozent des Alterszulagenbedarfs für die ständigen Geistlichen gedeckt werden. Die Leistung beschränkt sich auf die Höchstzahl von 1300 Geistlichen.

3. Als Ablösung der bisherigen Leistungen der Amtshauptleute in der Stellung als Coinspektoren jährlich

- a) die jeweiligen Dienstbezüge für 5 Beamte in der Gehaltsgruppe 7 b der staatlichen Besoldungsgruppe, die Dienstbezüge für 12 Beamte in der staatlichen Besoldungsgruppe 14 und für 10 Beamte in der Besoldungsgruppe 18;

- b) 25 Prozent des Gesamtbetrages der hier unter „a“ genannten Summen zu den Versorgungsbezügen und 15 Prozent des unter „a“ ermittelten Betrages für Geschäftsaufwand.

4. Zur Abdeckung der für die Zeit bis zum 31. März 1932 geschuldeten Rückstände an Leistungen unter 1 bis 3 ist das Land Sachsen verpflichtet, der Landeskirche vom 1. Januar 1933 an vierteljährlich je 200 000 Mark jeweils am 10. des zweiten Vierteljahrsmonats bis zur Erreichung einer Gesamtsumme von 5 Millionen Mark zu zahlen.

Der Staat muß also für eine Reihe von Einkünften, die die Kirche nicht mehr hat, Ersatz leisten. Er muß zu den Besoldungen der Pfarrer und Kirchenbeamten Zuschüsse leisten und er muß außerdem in Höhe von 5 Millionen Mark nachzahlen, was er bisher zu zahlen verweigert hat.

Diese unerhörten Geldmengen, die hier einer Organisation zugesprochen werden, die von vielen Menschen für überflüssig, von nicht wenigen für schädlich gehalten wird, sollen also auch von denen aufgebracht werden, die für die Kirche keinerlei Sympathie aufbringen.

Die einzige Möglichkeit im kapitalistischen Staat, solchen Beutezügen auf die Taschen des notleidenden Volkes auszuweichen, besteht darin, der Kirche zahlenmäßig und ausdrücklich zu zeigen, was man von ihr hält. Dazu aber ist nötig, daß alle, die der Kirche innerlich gleichgültig oder gar ablehnend gegenüberstehen, den Schritt tun, der allein Klarheit über die Wertschätzung bringt, die die Kirche in Wahrheit genießt,

den Schritt des Austritts aus der Kirche!

Abscheuliches Zuchthausurteil nach der Amnestie.

Mit Hilfe der Terror-Notverordnung hat am Mittwoch die Große Strafkammer in Halberstadt noch schnell einen Schlag gegen aufbegehrende Ausgeplünderte verübt.

Am 1. November hatten in Thale (Harz) Erwerbslose vom Oberbürgermeister die Ausgabe von Brennmaterial verlangt. Als ihnen dies verweigert wurde, zogen sie zum Stadtwald und begannen dort, Bäume zu fällen. Diese Arbeit haben die Erwerbslosen auf bloßes Zureden der dann erscheinenden Polizei nicht eingestellt. Ueber 30 Erwerbslose wurden daraufhin verhaftet.

Unter Anwendung der Terror-Notverordnung hat nun die Halberstädter Große Strafkammer den Arbeiter Willi Kranz wegen Rädelführerschaft bei einem Aufruhr zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt.

Das Verfahren gegen 32 weitere Angeklagte wurde wegen der Amnestie zurückgestellt.

Der Begriff der Rädelführerschaft ist so kautschukartig, daß das Gericht bei gutem Willen Rädelführerschaft nicht hätte annehmen brauchen. Es hätte sich auch auf die Reichsgerichts-Entscheidung berufen können, die vor Monaten den gegenwärtigen Zwangsversteigerungsaufbegehrenden ostpreussischen Agrarier den „übergesetzlichen Notstand“ zubilligte und sie deswegen von der Anklage des Aufruhrs freisprach. War die Not der Erwerbslosen in Thale geringer? Wenn das Gericht diese Erwägungen angestellt hätte, dann hätte es die Zehn-Jahres-Strafe der Terror-Notverordnung nicht anzuwenden brauchen, und es hätte dann auch das Verfahren gegen Kranz zurückstellen müssen, weil eine höhere als die durch die Amnestie hinfällige Strafe von fünf Jahren jedenfalls nicht in Frage kam. Wenn das Gericht am Tage nach der Verkündung der Amnestie sich zu dieser Erwägung einfacher Menschlichkeit nicht entschlossen hat, so kann sein barbarisches Urteil nur aus klassenmäßigen Vorurteilen herühren.

Hoffentlich findet sich eine proletarische Hilfsorganisation, die, unter Berufung auf das Reichsgerichtsurteil zugunsten der ostpreussischen Agrarier, die Freisprechung des Arbeiters Kranz durchführt!

Zwei Jahre Zuchthaus treffen eine schutzlose Prostituierte.

Der Strafsenat des Oberlandesgerichts in Stuttgart hat am Mittwoch in nicht-öffentlicher Sitzung eine Mannheimer Prostituierte wegen Verrats militärischer Geheimnisse zwei Jahre ins Zuchthaus geschickt. Sie soll im Auftrag des französischen Nachrichtendienstes versucht haben, sich von einem Reichswachgehörigen militärische Schriftstücke zu verschaffen.

Diese Behauptung muß man nach den Erfahrungen des Bullerjahn-Prozesses mit äußerster Vorsicht aufnehmen. Eine namenlose Prostituierte! Wer kümmert sich um die Nachprüfung der Beschuldigung?

Immer noch keine Erklärung über den Immunitätsbruch.

Die für den Immunitätsbruch an dem kommunistischen Abgeordneten Schöhr verantwortlichen Behörden haben immer noch kein Wort der Rechenschaft von sich gegeben. Daß sie das nicht tun, daran ist auch die Presse mitschuldig, die über den Immunitätsbruch bereits weitgehend schweigt. Das Schweigen der Behörden erweckt den Eindruck, daß es sich hier nicht nur um einen Immunitäts-, sondern auch um einen Rechtsbruch handelt.

Das Posener Militärgericht verurteilte den Unteroffizier Streichman zu sieben, einige andere Soldaten zu drei bis sechs Jahren Gefängnis, weil sie seit mehreren Monaten kommunistische Flugblätter in den Posener Kasernen verteilt haben sollen.

Das Amnestiegesetz ist im Reichsgesetzblatt vom 21. Dezember verkündet worden und tritt mit dem auf die Verkündung folgenden Tage in Kraft. Die ersten Entlassungen von Gefangenen sind bereits am Mittwoch erfolgt.

Auch der Saaziger Volkstag hat am Mittwoch mit den Stimmen der Kommunisten, Sozialdemokraten, Nationalsozialisten und Polen eine Amnestie beschlossen.

Fälschungsmanöver der „Berliner Börsen-Zeitung“.

Wir haben wiederholt auf die „Berliner Börsen-Zeitung“ aufmerksam machen müssen als auf eines der tollsten Kriecherblätter und „Kampf“-Organe gegen die Arbeiterschaft.

Aus diesem Grunde wohl schreibt sie in ihrer Nummer vom Donnerstag morgen über die „kommunistische Zeitung „Der Funke“, daß diese ein Gerücht eines Hungermarsches der Erwerbslosen nach Berlin „bestätigt“, um dann wörtlich fortzufahren:

„Bemerkenswert dürfte in diesem Zusammenhang der Satz in jener kommunistischen Zeitung sein: „Kein Wunder, daß es hierbei zu Geschäftsplünderungen und Ueberfällen kommen muß.“ (!) Auch die Feststellung des Blattes: „Wir wollen an der Organisierung dieser Empörung arbeiten“, ist angesichts der planmäßig durchgeführten Plünderungen natürlich von besonderem Interesse — vor allem für die Polizeibehörden.“

Die beiden hier zitierten Sätze stehen in zwei verschiedenen Artikeln, die von einander völlig unabhängig sind. Der eine Satz bezieht sich auf die Not der jungen ununterstützten langjährig Erwerbslosen, der andere auf die Verhaftung des Reichstagsabgeordneten Schöhr durch die Berliner Polizei. Die Zusammensetzung dieser beiden Zitate, sogar unter Benutzung des Wörtchens „dieser“, ist also eine planmäßige Fälschung. Die Anrufung der Polizei ist an sich, da sie hier durch eine Zeitung gegen eine Zeitung geschieht, und zwar wegen einer politischen Forderung, eine Unanständigkeit. Da das ganze Geschreibsel ein offener Schwindel ist, ist es ein besonders abgefeimtes Achtgroschenjungenstück.

Die „Berliner Börsen-Zeitung“ bestätigt also durchaus, daß wir uns auf dem richtigen Wege befinden, wenn wir in ihre Methoden etwas hineinfunkeln.

Der Sinn der politischen Notverordnung

ist vom „Völkischen Beobachter“ richtig verstanden worden. Wir haben bereits den Gesichtspunkt genannt, der die Auswahl völlig durchsichtig macht, den Gesichtspunkt, nach dem einige Bestimmungen aus früheren Notverordnungen übernommen, andere dagegen gestrichen worden sind: übernommen sind alle

Die große Herde.

Von Jean Giono. Verlag S. Fischer, Berlin.

Wir kennen Jean Giono aus der „Ernte“ als Gestalter von Bauernschicksalen; seine Stärke ist die Schilderung der Landschaft, ihrer Wandlung im Wechsel der Jahreszeiten und der Verbundenheit des Menschen mit der Natur. Dies steht auch in seinem neuen Buch, einem Kriegsbuch, ganz im Vordergrund. Es ist also durchaus nicht programmatisch, es werden keine Gespräche geführt, in denen Giono seiner Meinung Ausdruck gibt; seine Menschen — Bauern — sind alle sehr wortkarg in der Äußerung ihrer Gedanken und Gefühle. Das Buch ist eine reine Dichtung, und als Kunstwerk übt es seine Wirkung aus.

Die Schilderung beginnt mit einer Herde von Tausenden von Schafen, die wegen des Krieges von ihren Weideplätzen viele Kilometer weit ins Tal getrieben werden, ohne Rücksicht darauf, daß die Tiere krank werden, daß Scharen von Ratten sie überfallen, daß immer wieder eines am Wege liegenbleibt. In diesem Zusammenhang hören wir zum ersten Mal das Wort, das später noch ein- oder zweimal wiederkehrt, das uns aber beim Lesen immer gegenwärtig bleibt: „Das ist Vergedung von Leben!“ Ohne Uebergang zeigt uns Giono dann in bunt wechselnden Bildern Kämpfe an der Front, ein Schlachthaus in der Etappe, ein Lazarett während der Schlacht, die Nöte der von ihren Männern getrennten Frauen in der Heimat, dann wieder Sterbende und Verwundete. Einer der Soldaten kann sich nicht mit der Zerstörung der Wälder abfinden, er trauert um jeden gestürzten Baum und gerät in Zorn, wenn Pferde und Maulesel die Rinden abragen. Ein anderer setzt sein Leben aufs Spiel, um seine Pferde aus der Feuerzone zu bringen. Auch hier steht zwischen den Zeilen der Satz: „Das ist Vergedung von Leben!“ Wir sehen den Jammer einer Kriegerwitwe, den Kampf der Frauen und Greise um die Bestellung und Instandhaltung der großen Höfe. Zwei Offiziere werden

im Spezialkampf gegen Revolutionäre erprobten Bestimmungen gestrichen sind alle Bestimmungen, die die Nazis ernsthaft vergrößern könnten. So ist folgendes Lob verständlich, das der „Völkische Beobachter“ der neuen Verordnung spendet:

Es sei damit eine Periode der schlimmsten Willkürpolitik abgeschlossen. Wichtig erscheine vor allem, daß die unter Papen aufgekommene Diffamierung des politischen Kampfes — ähnlich der bekannten Boykottierung der sogenannten Feme-mörder — nunmehr eine Korrektur erfahren habe. Von jetzt an sei wenigstens der Täter aus politischen Beweggründen strafrechtlich nicht mehr schlechter gestellt als der gemeine wirkliche Verbrecher.

Nur eins hat dieses mörderfreundliche Blatt auszusetzen: die bisherigen Kampfbestimmungen gegen Revolutionäre sind ihm nicht ausreichend. Es schreit nach einem „Gesetz zum Schutze der Nation“, nach dem „strafrechtlichen Schutzbanu gegen Volkszerstörung, Wehrverrat und Wehrwillen“.

Goering kuschelt vor Schleicher.

Die Angst der Nazis, es jetzt schon zu einem offenen Konflikt mit dem Schleicher-Regime kommen zu lassen, offenbarte sich sehr deutlich in der Sitzung des Ältestenrats am 20. Dezember, in der beschlossen wurde, den Reichstag nicht mehr vor Weihnachten einzuberufen. Ursprünglich hatte nämlich der Nazi- und Reichstagspräsident Goering auch für eine Einberufung des Reichsparlaments vor Weihnachten gestimmt. Da erklärte der Vertreter der Reichsregierung, der Staatssekretär Planck, äußerst deutlich, daß

in diesem Falle ein ernster Konflikt mit der Reichsregierung unvermeidlich

sei. Der Ältestenrat möge außerdem berücksichtigen, daß die Regierung in der Amnestiefrage solches „Entgegenkommen“ gezeigt habe. Nach dieser Warnung von Regierungsseite ließ der wackere Recke Goering seinen Antrag fallen. Ja, er ließ später nicht einmal mehr eine Beschlussfassung darüber zu, an welchem Tage im Januar der Reichstag nun zusammentreten solle. Es wurde nur vereinbart, daß nach Weihnachten erst noch einmal der Ältestenrat zusammentreten und über den Termin der nächsten Reichstagsitzung beschließen solle.

Kommunistische Demonstrationen.

Am Mittwoch abend wurde in der Müllerstraße in Berlin ein Demonstrationzug von etwa 1000 Mann gebildet. Die Polizei ging gegen die Demonstranten mit Gummiknüppeln vor und verhaftete vier Personen.

Vor dem Rathaus in Berlin-Lichtenberg kam es während der Bezirksvertreterversammlung ebenfalls zu Kundgebungen, gegen die von der Polizei mit dem Gummiknüppel eingeschritten wurde.

Großes Munitionslager eines Schloßherrn.

Nach einer Meldung aus Kynau bei Waldenburg wurden bei Haussuchungen in dem dem Freiherrn von Zedlitz-Neukirch gehörenden Schloß Kynau rund 6000 Schuß Infanteriemunition gefunden. Weiter wurde ein Unterstand mit einem Infanteriegewehr und weiterer Munition aufgedeckt.

Schon früher hatten Haussuchungen in diesem Schloß Munition zu Tage gefördert.

Straßenkundgebungen in Wuppertal.

In der Nacht zum Mittwoch kam es in verschiedenen Stadtteilen Wuppertals zu Straßenkundgebungen. Bereits am Dienstag nachmittag hatte sich eine größere Menschenmenge vor dem Elberfelder Rathaus versammelt. Die Sprechchöre riefen in einem fort: „Wir haben Hunger!“ Die Polizei schritt mehrfach ein. Eine Fensterscheibe in einem Lebensmittelgeschäft in einer angrenzenden Straße wurde zertrümmert.

Gegen 20 Uhr kam es im Barmen Hauptbahnhof zu Ansammlungen. Zahlreiche Angehörige der KPD hatten sich hier eingefunden, um einen aus dem Gefängnis entlassenen Parteigenossen abzuholen. Als die Reichsbahnverwaltung die Vorhalle räumen ließ, bildeten sich in den angrenzenden Straßen Demonstrationzüge, die von der Polizei zerstreut wurden.

uns geschildert: Der eine teilt in näselndem Ton Befehle aus, läßt sich bedienen, verlangt Unmenschliches von seinen Leuten und läßt sie schließlich völlig sinnlos zusammenschließen an einem bedrohten Punkt, obwohl er gewarnt ist. Der andere ist seinen Leuten ein Kamerad, für einen hilflosen, verzweifelten Gefangenen hat er einen Händedruck und ein Lächeln, und die Meldung, daß von seiner ganzen Kompanie vor Verdun nur Zwanzig davonkamen, bringt ihn bis an die Grenze des Wahnsinns. — Am Ende des Buches sehen wir dann, wie am Anfang, eine große Herde — diesmal sind es Soldaten —, die sich flüchtend über die Straße ergießt, die erbarmungslos vorwärtsgetrieben wird, trotz Ermattung und Krankheit; auch hier tauchen die Ratten in Schwärmen auf, die Zusammenbrechenden bleiben am Straßenrand liegen; einzelne Bilder entsprechen genau der Schilderung der großen Schafherde am Anfang des Buches.

All dies Grauenhafte stellt der Dichter vor uns hin ohne Kommentar, einzig aus den Worten von zwei greisen Bauern spricht einmal deutlich des Dichters eigene Meinung: Oh, ich versteh' schon, . . . es ist für den Krieg! Zuerst hat er die Männer weggenommen, der Krieg; dann das Korn; dann die Schafe; dann die Pferde und die Ziegen und alles — oh, er hat Verwendung für alles! . . . Sagt, laßt Ihr uns wenigstens die Augen zum weinen? Oh, ja; die laßt Ihr uns schon, weil wir sie gar so dringend brauchen werden! Wer aber gebietet in all dem? Wo ist der Narr, der gebietet? An anderer Stelle heißt es: „Und weißt Du, wohin er mich geführt hat, Euer Krieg? Zu der Erkenntnis, daß es ein Glück ist, keine Söhne zu haben! . . . Oh, Ihr verteidigt sie gut, Eure Söhne, hier am warmen Ofen mit vollgefressenem Bauch! — Nein, ich habe keine Kinder; aber ich weiß, was „Leben“ bedeutet. . . .“

Der Dichter Giono bekämpft den Krieg als etwas Naturwidriges, und er tut es auf die ihm gemäße Art: er hat ein Kunstwerk geschaffen, das die Grauel des Krieges nackt aufzeigt. Kein unvoreingenommener Mensch wird sich diesem ganz großen Eindruck entziehen können. G. R.

Wirtschaft unter freier Konkurrenz.

Die folgende Darstellung ökonomisch interessanter und lehrreicher Tatbestände ist entnommen aus der neuesten Schrift von Franz Oppenheimer: „Weder so — noch so. Der dritte Weg.“ Alfred Protto Verlag, Potsdam. 107 Seiten. Broschirt 2,30 Mark.

Es wird von Vorteil sein, zuerst die Tatsachen mitzuteilen, auf die sich der freiheitliche Sozialismus stützt, überwältigende Tatsachen, um die sowohl die bürgerliche, wie die marxistische Wissenschaft in scheuem Bogen herumgehen, weil sie ihnen Nüsse zu knacken geben, für die ihre Kinnbacken nicht kräftig genug sind; es wird sich aber zeigen, daß sie sich vom Standpunkt unserer eigenen Auffassung aus sämtlich auf das allereinfachste erklären. Es handelt sich um eine Anzahl von kleineren und größeren Wirtschaftsgesellschaften, in denen bei voller freier Konkurrenz und trotz freier Konkurrenz das wirtschaftliche und kulturelle Leben den erfreulichsten und erstaunlichsten Aufschwung nahm, während dennoch die rationelle (vernunftgemäße) Gleichheit nach der Leistung für die Gesellschaft bei reißend wachsendem Wohlstand für alle durchaus erhalten blieb. Niemand war arm, der arbeiten wollte und konnte, niemand war reich. Jedenfalls war niemand, um ein berühmtes Wort Rousseaus anzuführen, „arm genug, um sich verkaufen zu müssen, und niemand reich genug, um andere kaufen zu können“.

Diese Gesellschaften, von denen wir jetzt auf Grund zuverlässiger Quellen berichten werden, waren in allen Bedingungen und Beziehungen sehr verschieden voneinander.

Nur in einem einzigen Punkte stimmten sie überein: überall konnte jedermann, der es wünschte, ohne wesentliche Kosten Zugang zu freiem Lande erlangen.

Aus diesem Grunde herrschte hier die von ihrer schwersten Fessel befreite, im wesentlichen schon völlig freie Konkurrenz.

Rahaline.

Wir beginnen mit einer Anzahl kleinerer Versuche. Der erste betrifft das Gut Rahaline in Irland: eine der härtesten jener Nüsse, die die Wissenschaft nicht knacken konnte. Es ist nämlich die einzige Arbeiter-Produktiv-Genossenschaft der ganzen Geschichte, die sich glänzend entwickelte, während viele Hunderte von anderen Versuchen der Art ohne Ausnahme scheiterten. Ich konnte in meiner „Siedlungsgenossenschaft“ von 1896 das Rätsel lösen: all die anderen Fälle betrafen industrielle, nur dieser eine Fall betraf eine landwirtschaftliche Genossenschaft.

Es war im Jahre 1831. Irland, auf das schwerste ausgebeutet, dazu noch durch eine Hungersnot geplagt, weil die Kartoffelernte versagt hatte, und von einer Choleraepidemie getroffen, war in hellem Aufruhr gegen die englischen Machthaber. Die schlimmste Grafschaft war Clare, und das schlimmste Gut in Clare war Rahaline. Die proletarischen Pächter waren kaum besseres als Räuber und Mörder. Sie hatten den Verwalter Hastings in den Armen seiner jungen Frau erschossen; der Mörder wurde niemals entdeckt. Der englische Gutsbesitzer, Vandeleur, der natürlich keine Pacht erhielt, konnte es kaum wagen, sich auf seinem Besitz sehen zu lassen. Da entschloß sich der Mann, der irgend wie von dem großen sozialistischen Industriehäuptling Robert Owen angeregt war, zu einem revolutionären Versuch, für den ihn seine Familie am liebsten ins Irrenhaus gebracht hätte. Er faßte die Leute zu einer Genossenschaft zusammen, übergab ihnen das Gut unter Leitung eines tüchtigen Mannes zur gesamten Hand, also als

Obstbausiedlung Eden bei Berlin.

Die Obstbausiedlung Eden wurde im Jahre 1893 von Männern gegründet, die bereits dem Gedankenkreise angehörten, dessen Vorkämpfer der Verfasser dieser Zeilen ist. Es war eine kleine Gruppe von Vegetariern, „Lebensreformern“, die aus der Stadt zogen, um ihr Ideal vernunft- und naturgemäßen Lebens zu verwirklichen. Sie hatten geringe Mittel und geringe Fachkenntnisse. Weil sie guten Boden nicht bezahlen konnten, erwarben sie den schlechtesten Boden, den es überhaupt gibt, bösen Flugsand im Urstromtal der Havel, ganze 40 Hektar.

Dennoch war das Gedeihen in jeder Hinsicht: wirtschaftlich, moralisch und gesundheitlich, fabelhaft. In der Festschrift „25 Jahre Obstbausiedlung“ heißt es: „Die wirtschaftlichen Verhältnisse sowohl der Siedlung, wie der einzelnen Genossen, befestigten sich mehr und mehr, die Pflanzungen wurden immer ertragreicher, die Einnahmen stiegen, und in demselben Maße wuchs auch die Zufriedenheit der Siedler und das Vertrauen zu ihrem Werk. Bereits im Jahre 1912 betrug die Endsumme der Jahresschlussrechnung der Genossenschaft die erste Million.“ Die Zahl der Genossen war auf 202, die ständige Bevölkerung Edens auf etwa 350 Köpfe angewachsen, auf 50 Hektar, einem halben Quadratkilometer; man hatte 10 Hektar hinzugekauft. Seitdem hat man neues Land erworben, die Beherrschung hat sich sehr stark vermehrt, mit ihr der Reichtum. Die Genossenschaft besitzt eine vorbildliche Fabrik für Fruchtsäfte und Marmeladen, aus der sie bedeutende Erträge erzielt. Ihre Produkte sind berühmt durch ihre Vortrefflichkeit. Es sind eben ehrliche Leute, die sich nicht verführen lassen, auf ihren guten Namen hin durch Verschlechterung der Ware zu sündigen.

700 Menschen auf den Quadratkilometer! Bei vorwiegend agrarischer Tätigkeit! Schon das allein berechtigt dazu, Eden als ein soziologisches Wunder zu bezeichnen. Die sechsfache Dichtigkeit von ganz Deutschland, die etwa dreißigfache Dichtigkeit der landwirtschaftlichen Bezirke im Osten Deutschlands!

Aber noch viel fabelhafter sind die sozialen Ergebnisse.

Es gibt hier keine Armen.

Wer von den Genossen von seinem sehr kleinen Erbgrundstück nicht leben kann und keine Arbeit außerhalb der Kolonie annehmen will oder kann, findet in der Landreserve der Genossenschaft gutbezahlte Arbeit. Es gibt keine Reichen. Niemand braucht sich zu verkaufen, niemand kann andere kaufen. Infolgedessen ist die Gesundheit und die Sittlichkeit der Gruppe geradezu erstaunlich. Die Säuglingssterblichkeit stand zur Zeit der Gründung in Deutschland auf etwa 24 Prozent, das heißt von 100 Neugeborenen starben 24 im ersten Lebensjahre. Diese Ziffer des Unheils sank bis zum Weltkrieg langsam auf 18 Prozent. Eden aber hatte im Durchschnitt dieser ganzen Zeit nur 3,8 Prozent. Ebenso

Produktiv-Genossenschaft,

und bedang sich eine gar nicht sehr kleine Rente aus.

Der Versuch glückte, wie wir aus den Schilderungen vieler Augenzeugen wissen, in glänzendem Maße. Der Fleiß und die Sorgfalt der Genossen war musterhaft, die Erträge wuchsen, ein großes Weizenfeld wurde durch Meliorationen neu gewonnen.

Der Wohlstand stieg hoch über den Durchschnitt der Klasse,

die Genossen hatten reichlich zu essen, verbesserten ihre Häuschen und gaben ihren Kindern eine bessere Erziehung.

Der Versuch wurde mitten im vollen Gedeihen von außen totgeschlagen. Vandeleur verfiel in Spielschulden, wurde flüchtig, die Gerichte erkannten den zwischen ihm und der Genossenschaft abgeschlossenen Vertrag nicht an, das Gut wurde mit sämtlichen Verbesserungen die Beute der Gläubiger, und das kleine Fünkchen war glücklich angetreten, aus dem sich vielleicht eine Flamme hätte entzünden können, in der die Gewaltherrschaft verbrannt wäre.

Zagarolo.

Zagarolo war ein Städtchen in der Campagna bei Rom, das um das Jahr 1800 drei- bis viertausend armselige Einwohner zählte. Sie hatten viel zu wenig Land, als daß sie davon hätten leben können, und darum überschwebten sie in schlechten Jahren die Straßen Roms als Bettler. Am Fuße des Stadthügels befand sich eine wüste und von Fiebern heimgesuchte Ebene von großer Ausdehnung, im Besitz der reichen römischen Fürsten Rospigliosi. Jahrhundertlang hatte keiner der großen Besitzer das Kapital aufbringen können, das nötig gewesen wäre, um diese Wüste in Kultur zu bringen. Da nahmen die armen Einwohner von Zagarolo das Land gegen eine schwere Geldrente in Erbpacht, die nach den damals geltenden überhöhen Kornpreisen berechnet war. Und diese gleichen halben Lumpenproletarier, „die man für so arbeitsweiche, für so ganz und gar unfähig erachtet hatte, die großen Anstrengungen zu ertragen, urbar zu machen und besetzen sofort das Gelände. Während mehrerer Jahre hatten sie keine anderen Einnahmen, von denen sie leben und die Pacht zahlen konnten, als die Körnerernte; aber sie beschränkten sich nicht auf das bloße Ackern, sondern sie nutzten im Interesse der Zukunft jeden ihnen gegebenen Augenblick; sie umgaben ihre Parzellen mit Mauern, regulierten die Wasserläufe und pflanzten Oliven, Feigen, Obstbäume aller Art, vor allem aber Reben. Fünf oder sechs Jahre hindurch hatten sie zu entbehren, aber die Hoffnung erhielt sie aufrecht, dann begannen die Reben ihren vollen Ertrag zu geben, und diese allein deckten seitdem die Pacht.“

Als Sismondi schrieb (1838), war auf dem Gelände selbst eine

stattliche Ansiedlung aufgeblüht,

die Bevölkerung hatte sich mehr als verdoppelt, während sie soviel wohlhabender geworden war, die Melioration (Wertvermehrung) war wenigstens doppelt soviel wert wie das Grundstück. „und so haben die armen Leute, die nach der Lehrmeinung der Wissenschaft kapitallos waren, im Laufe von 30 Jahren ein Kapital in den Boden gesteckt, zweimal größer als der Wert des ihnen überlassenen Eigentums“.

Eine bittere Pille für die weisen Professoren seiner und leider auch der folgenden Zeit, die sich die Bildung von Kapital gar nicht anders vorstellen können als durch die Ersparnis von Kapitalisten.

günstig stand die Gesundheit der älteren Kinder: in der ganzen Zeit ist nicht ein einziges der mehr als 300 Kinder gestorben, die die Edener Schule besuchten. Um von der Sittlichkeit zu sprechen, so hat Eden seine Schulden nach dem Kriege mit vollen 50 Prozent aufgewertet. In den ersten 25 Jahren ist kein einziges Mitglied der Genossenschaft in einen Strafprozeß verwickelt, geschweige denn bestraft worden, und das in einem Lande, in dem statistisch etwa jeder fünfte Mann und jede elfte Frau verurteilt sind. Nicht einmal eine einzige Zwangsvollstreckung ist in Eden nötig gewesen, und niemals ist eine Zinszahlung ausgeblieben.

Auch hier findet jeder Genosse Zugang zu genügendem Eigenlandbesitz oder doch Zugang zum Lande, das die Gesamtheit sich als Arbeitsreserve hält.

Vineland.

Der Stadtkreis, von dem jetzt zu handeln ist, ist Vineland im Staate New Jersey. Hier kaufte im Jahre 1861 ein gewisser Landis 30 000 acres Land, denen er 1874 weitere 23 000 acres zufügte, im ganzen also rund 18 000 Hektar eines sehr mächtigen Bodens, und gründete hier die Kolonie Vineland. Das Unternehmen würde sich von keiner anderen Bodenspekulation unterscheiden haben, wenn der Besitzer nicht einen neuen Gedanken gehabt hätte. Er kündigte an, und führte es auch durch, daß er den Bodenpreis niemals steigern werde. Der letzte Acre würde wie der erste für 25 Dollar verkauft werden.

Das war für den Anfang kein billiger Preis: 300 Mark

Zwei Kontinente.

Unsere nächsten Beispiele betreffen gar ganze Kontinente, wenn man nämlich die riesigen Vereinigten Staaten als einen Kontinent bezeichnen darf. Hier und in Australien stand der Lohn der arbeitenden Bevölkerung für unsere Begriffe unverständlich hoch, solange noch freies Land jedermann gegen geringes Entgelt zugänglich war. Fr. J. Neumann berichtet: Weil dort die Bevölkerung noch außer Verhältnis zu den Erwerbsquellen stand, veranlaßte die Nachfrage nach Arbeitern nur Konkurrenz unter den Lohnherren zugunsten der ersteren. Der Lohn stellte sich deshalb à la hausse (hatte die Neigung dauernd zu steigen), und versetzte die arbeitende Klasse, wohl bis auf die Hefe, in den Bemittlungsstand hinüber. Einige Notizen nach Roscher: In Lowell konnten die Fabrikarbeiterinnen meistens 1½ Dollar wöchentlich zurücklegen und gar oft nach vierjähriger Arbeitszeit, mit einem Heiratgut von 250 bis 300 Dollar versehen, sich verheiraten. Noch 1849 meinte ein Arbeiter, sich „übel zu befinden, wenn er nicht die Hälfte

der Hektar, 75 Mark der Morgen für rohes Land von keiner besonderen Fruchtbarkeit, an der Grenze der damaligen Kultur. Aber als die ersten Ansiedler sich angefangen hatten, wurde das Land immer wertvoller, wie denn ja fast aller Bodenwert nur dadurch entsteht, daß eine Anzahl von Menschen miteinander siedelt und in volkswirtschaftliche Arbeitsteilung eintritt. Diesen steigenden Bodenwert nimmt sonst der Spekulant für sich in Anspruch, Landis aber verzichtete darauf, zu seinem eigenen großen Vorteil, denn natürlich wurde der Zustand immer schneller und schneller, und nach zwölf Jahren wohnten hier nicht weniger als 11 000 Menschen, die sich eines ungemein großen und schnell wachsenden Wohlstandes erfreuten. Die Kolonie hatte 20 Schulen, 10 Kirchen, 178 englische Meilen ausgezeichneter Straßen, 17 Meilen Eisenbahn mit 6 Stationen, 15 Fabriken und die besten Läden im ganzen Staate. Der Stadtkreis war nach dem Werte seiner Ackerbauproduktion der vierte unter den 77 Kreisen des Staates.

Von einheimischer Armut war keine Rede:

die Armensteuer betrug pro Jahr und Kopf 20 Pf., während sie in dem gleich großen Nachbarorte Perth Amboy das Vierzigfache, 2 Dollar, betrug.

Hier hatte, dank dem genialen Einfall des Besitzers, jedermann die Möglichkeit, billig zu einem Stück Land zu kommen.

Denn Landis gab vernünftigen Kredit, und so konnten auch Sehr-wenig Besizende zur Selbständigkeit gelangen. Sehr oft nahmen sie zuerst ein kleineres Stück Land, rodeten den Busch aus, pflügten und säten, und verkauften dann das Stück an einen Wohlhabenderen, der ihnen über den Ankaufspreis hinaus den Wert ihrer Arbeit vergütete. Mit dem Erlös kauften sie ein größeres Stück und setzten das so lange fort, bis sie so viel Land hatten, wie sie bebauen wollten und konnten.

Natürlich hatte diese segensreiche Entwicklung ihr Ende erreicht, als der Vorrat von Land in den Händen des Besitzers erschöpft war. Heute ist Vineland eine nette Sommerfrische, die sich in sozialer Beziehung nicht von anderen Städtchen gleicher Größe unterscheidet.

Utah.

Folgt in der Reihe die Ansiedlung der Mormonen in Utah, solange es unter der Herrschaft der Mormonen und ihrer Gesetze stand.

Die Mormonen unter ihrem zweiten Propheten Brigham Young, aus ihrer ersten Heimat Nauvoo vertrieben, fanden in der zentralamerikanischen Wüste eine Landschaft, die sie als ihr „gelobtes Land“ ansprachen, weil es in der Tat Palästina außerordentlich ähnlich ist. Aus einem Süßwassersee fließt ein Strom in einen großen Salzsee, just wie der Jordan aus dem See von Genezareth in das Tote Meer. Hier beschlossen sie, zu bleiben, obgleich der Boden sehr arm und versalzt war. Um ihn in Kultur zu bringen, schufen sie das erste große Bewässerungswerk der Vereinigten Staaten: sie leiteten die Gewässer der benachbarten Berge in ihr Tal. Das Land war über groß im Verhältnis zu ihrer Zahl, aber das Wasser, durch das allein das Land nutzbar gemacht werden konnte, war knapp. Da man jedem nur eine bestimmte Menge Wasser geben konnte, konnte man niemanden viel Land geben. Das Höchstmaß war 20 acres, etwa 28 Morgen, im Außenbezirk der neuangelegten Salzseestadt. Dieser äußere Ring umschloß einen mittleren Ring mit Grundstücken von nur 5 acres, etwa 7 Morgen, die an Handwerker und wohl auch Gärtner abgegeben wurden. Die Städter erhielten nur 1 Hektar. Diese Verteilung war außerordentlich gerecht: was dem einen die Größe seines Grundstückes gab, gab dem anderen die Gunst der Verkehrslage.

Auf dieser Grundlage entwickelte sich ein erstaunlicher Wohlstand, der erstaunlich gleich verteilt war, obgleich Utah, ehe die Eisenbahn es berührte, so weit von der Grenze der Kultur entfernt war, daß es fast unmöglich war, Waren von außerhalb heranzubringen. Der ganze gewerbliche Oberbau über dem landwirtschaftlichen Unterbau war zwar der Form nach in Aktiengesellschaften, dem Inhalt nach aber durchaus in Genossenschaften organisiert.

Entscheidend ist, daß hier

gleichfalls jedermann Zugang zu ausreichendem Grund und Boden hatte, weil es niemandem erlaubt und möglich war, mehr Land für sich zu nehmen, als er aus eigenen Kräften bewirtschaften konnte,

und daß auch hier wieder, trotz all der ungünstigen Umstände, ein

erstaunlicher und erstaunlich gleichmäßig verteilter Wohlstand

vorhanden war. Nach einer Untersuchung, die der Geschichtsschreiber der Kirche, Milton Musser, angestellt hat, hat die Bevölkerung in den ersten vierzig Jahren nicht weniger als 563 Millionen Dollar bar verausgabt, von denen nur 20 Millionen eingebrautes Kapital waren. Daraus ergibt sich, daß jeder mormonische Bauer in diesen 40 Jahren durchschnittlich 482 Dollar mehr als seine Unterhaltungskosten vereinnahmte, beträchtlich mehr, als der Bruttoverdienst der Lohnarbeiter im übrigen Amerika. Das sind nahezu 2000 Mark in deutschem Gelde! *Ueberschuß!*

saines Lohnes zurücklegen könnte“. In Philadelphia waren mehr als ein Viertel der verheirateten Arbeiter Haus-eigentümer, die von Ohio speisten so gut wie die deutsche Mittelklasse.

Aus Australien und Neuseeland berichtet Mélin, daß die arbeitssuchende Reservearmee kaum existiert und „die Arbeitgeber zuweilen glücklich sind, einen Arbeiter oder Angestellten zu Bedingungen einzustellen, die uns als exorbitant erscheinen“.

In den Vereinigten Staaten wie in Australien bestand in jenen Zeiten

völlig freie Konkurrenz,

abgesehen von einigen Schutzzöllen, die den Wettbewerb der fremden Staaten etwas behinderten. Und dennoch

kein Kapitalismus, keine soziale Frage! Keine Klasse vermögensloser „freier“ Arbeiter!

Franz Oppenheimer.